

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 132 · 12. JAHRGANG · AUSGABE 1/2006 VOM 6. JANUAR 2006 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

4 | **Schulplanung
in der Diskussion**
Offener Brief an SchülerInnen

12 | **Unabhängig von
Erdgasimporten**
Erster Biogas-Stammtisch

13 | **ÖPP – das neue
Wirtschaftswunder**
»Öffentlich-Private Partnerschaft«

Ein Jahr Hartz IV - Reformen



Hartz IV und Agenda 2010 brachten die Montagsdemonstranten aus ganz Deutschland am 2. Oktober 2004 in Berlin zusammen. Auch die Eberswalder Montagsdemo war mit 50 Teilnehmern dabei. In Eberswalde fand inzwischen am 2. Januar 2006 die mittlerweile 69. Montagsdemo statt.

Seiten 7 - 10

»Große Teile der Hartz-Reformen laufen ins Leere, einzelne Teile wirken sogar kontraproduktiv« stellt die Märkische Oderzeitung (MOZ) in ihrer Ausgabe vom 28. Dezember fest. Sie zieht damit das Fazit einer »wissenschaftlichen Bewertung der Reformpakete Hartz I bis III«, die von der Bundesregierung in Auftrag gegeben worden war.

Wissen wir doch alle, daß die Hartz-Reformen das Problem der Arbeitslosigkeit nicht lösen. Dazu brauchte es keine »wissenschaftliche Bewertung«, denn das pfeifen die Spatzen von den Dächern. Und daß die meisten Menschen das auch so sehen, haben sie bei den letzten Bundestagswahlen zum Ausdruck gebracht. Trotzdem sieht die Koalitionsvereinbarung vor, die Hartz-Reformen weiter durchzuführen.

Wenn die Hartz-Reformen keine Lösungen gebracht haben, so heißt das nicht, daß sie keine Wirkungen gehabt hätten. Zwar sind keine neuen Arbeitsplätze entstanden, sondern weiter im großen Stil Arbeitsplätze vernichtet worden. Die Zahl der Vollzeitjobs in der Bundesrepublik von derzeit knapp 39 Millionen befindet sich weiter auf Talfahrt. Aber die Wirkungen der Hartz-Reformen auf die Betroffenen sind gravierend. Betroffen sind die eben arbeitslos gewordenen, deren Arbeitslosenbezüge (ALG I) verkürzt und vermindert wurden. Betroffen sind die Empfänger von ALG II, die per Gesetz zu Armen erklärt werden und statt eines Anspruchs auf Arbeitslosenhilfe nun Bittsteller auf ALG II nach Sozialhilferecht werden. Betroffen sind auch arbeitsfähige Sozialhilfeempfänger, die nun gleichfalls Bittsteller sind. Indirekt betroffen sind aber auch alle Lohnabhängigen und ebenso die Rentner. Die Hartz-Reformen vertiefen die ohnehin schon vorhandene Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich und machen eine wachsende Zahl zu Menschen zweiter Klasse.

Obwohl die Reformen langfristig ins Auge gefaßt und ihre verheerenden Folgen lange absehbar waren, entwickelte sich Widerstand dagegen erst nach der Beschlußfassung durch den Bundestag und dann auch noch eher spontan. Die Montagsdemos gegen Hartz IV und Agenda 2010 waren ein Alarmsignal an die Adresse der Herrschenden und machten das Potential an möglichem Widerstand deutlich und bewirkten doch einiges Fracksausen. Allerdings ebte die Bewegung auf der Straße bald ab. Auch das Inkrafttreten von Hartz IV am 1. Januar 2005 bewirkte keine Verstärkung der Proteste. Trotzdem dauerten die Montagsdemos das ganze Jahr 2005 an.

Für das Problem der Arbeitslosigkeit mit all seinen Folgen ist keine Lösung in Sicht. Die Politik der großen Koalition ist nur die Fortsetzung der bisher schon gescheiterten Versuche, durch Geschenke an das Kapital die Schaffung von Arbeitsplätzen anzuregen, dabei ist die hohe Arbeitslosigkeit eine ideale Bedingung für die Ausbeutung der Lohnabhängigen.

Neuer Widerstand, in welcher Form auch immer, ist vorprogrammiert.

Eberswalder Montagsdemo

DIE NÄCHSTE MONTAGSDEMO IN EBERSWALDE

AM 16.1. UND FOLGEND ALLE 14 TAGE AUF DEM MARKTPLATZ. BEGINN DER KUNDGEBUNG IST UM 16.30 UHR

Wiederholungsprogramm

Nachdem die sich in Eberswalde entwickelnde Haushaltskrise jahrelang durch Tricks und Kniffe kaschiert wurde (vgl. »Millionen-Haushaltsdefizit weggezaubert«, BBP 5/2004), ließ sich das Dilemma spätestens seit dem Haushalt 2004 nicht mehr verbergen. Ja, es war Wahlkampf. Erst mußte der Bürgermeister seine zweite Amtszeit sicher haben, ein Jahr darauf wollten auch die beiden Beigeordneten wiedergewählt werden. Die Zeit von der Landesgartenschau bis zur 750-Jahr-Feier geriet zur durchgehenden Jubelveranstaltung. Jetzt da alle Wahlen gelaufen sind, vernimmt man aus den Rathausetagen, kann Klartext geredet werden, bei sogar Familien- und Tierpark nicht mehr als Tabubereich gelten.

Es mag sein, daß solch mutige Reden nur im Schutz der Zwangsabwesenheit des Bürgermeisters geschwungen werden. Denn im gerade beschlossenen Haushalt für das Jahr 2006 ist von solch neuer Sicht noch nicht allzuviel zu verspüren. Im aktuellen Haushaltssicherungskonzept kommt der Tierpark nicht vor. Zur Lösung der Finanzmisere sollen neben den kräftigen Griffen ins Kommunalvermögen (Stadtwerkeverkauf) vor allen Sparmaßnahmen im sozialen, kulturellen und Bildungsbereich sowie die Erhöhung von Steuern und Gebühren herhalten. Also doch nichts Neues.

Die Kommentare zum aktuellen Haushalt müssen den Leserinnen und Lesern daher wie das Fernsehprogramm zu Weihnachten vorkommen. Lauter Wiederholungen. So können auch hier nur die bereits in der »Barnimer Bürgerpost« vom November 2004 formulierten Anforderungen wiederholt werden: Statt bei den wichtigen »weichen Standortfaktoren« im sozialen, kulturellen und Bildungsbereich der Sparmanie zu erliegen, »steht vielmehr die Aufgabe, für diesen Bereich mehr Mittel zur Verfügung zu stellen. Um diese Mittel bei der gleichzeitig notwendigen Haushaltskonsolidierung 'freizuschaukeln', bedarf es einer aufgabenorientierten Verwaltungsstrukturreform, die auch die bisher als gottgegeben empfundenen 'Pflichtaufgaben' hinsichtlich ihrer Notwendigkeit und vor allem ihrer Effektivität überprüft. Zugleich wird an einer leistungsorientierten Personalpolitik kein Weg vorbeiführen. Letzteres gilt besonders dort, wo in der Vergangenheit Stellen nach einer politischen oder persönlichen Klientelpolitik besetzt wurden, die nicht mehr den heutigen Verhältnissen entspricht und eine Lösung der städtischen Probleme hemmt.« Darüberhinaus notwendig ist die konsequente »Behandlung der Sanierungsfälle Tierpark, Familiengarten und Kulturhaus«.

Wie gesagt, sind solche Diskussionen im Rathaus durchaus im Gange. Auf längere Sicht kommen die Verantwortlichen angesichts der akuten Probleme ohnehin nicht daran vorbei – unabhängig davon, wie die aktuelle Affäre des Bürgermeisters ausgeht. Wenigstens das läßt hoffen.

GERD MARKMANN

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Barnim

Kulturpreis für Dorfkirche Prenden

Der Förderverein Dorfkirche Prenden 1611 e.V. ist der Preisträger des diesjährigen Barnimer Kulturpreises 2005 von Bündnis 90/Die Grünen. Dafür entschied sich die Jury in ihrer Sitzung am 20. Dezember. Der Preis ist mit einer Prämie in Höhe von 750 Euro verbunden, die von den bündnisgrünen Kreistagsabgeordneten gestiftet wird.

Entscheidend für die Jury war das große Engagement des Vereins und seiner Vorsitzenden, Sabine Voerster, für den Erhalt der Prenderer Dorfkirche und die Bereicherung des kulturellen Lebens im Landkreis Barnim. In den 6 Jahren seines Bestehens hat der Förderverein große Erfolge erzielt. Mit Hilfe von Sponsoren, Fördergeldern und Spenden ist es gelungen, die unter Denkmalschutz stehende Kirche vor dem Verfall zu retten und wieder als architektonisches Kleinod erstrahlen zu lassen. Im Rahmen

des Dorfkirchensommers Brandenburg werden dort inzwischen regelmäßig Kunstaussstellungen durchgeführt. Es finden Konzerte, Lesungen und Vorträge statt. Bei einer Turmbesteigung kann der Besucher heute wieder den Ausblick auf die umgebende Seenlandschaft genießen. Die Verleihung des Kulturpreises soll Ansporn für die weitere Tätigkeit des Fördervereins sein und das Bemühen um die Restaurierung des einzigartigen Schnitzaltars unterstützen.

Der Barnimer Kulturpreis von Bündnis 90/Die Grünen wird seit 1999 vergeben. Im Jahr 2004 ging der Preis an das Tanzhaus Eberswalde e.V. Im vorletzten Jahr war das Barnimer Kinder- und Jugendfestival der Preisträger.

Prof. JOHANNES CREUTZIGER,
Kreistagsabgeordneter Bündnis 90/Die Grünen

3000 Gäste in der Zainhammer Mühle:

Kunst-Müller zogen Bilanz

Auf ein erfolgreiches Ausstellungsjahr können die Mühlenkünstler zurückblicken. Der Verein »Die Mühle« e.V. hat z.Zt. 104 Mitglieder und zog auf seiner Mitgliederversammlung am 15. Dezember Bilanz über die 2005er Aktivitäten.

Die fünf Ausstellungen, die Mühlespielmeisterschaft am Pfingstmontag, das Konzert mit der Gruppe Driftwood, die Malkurse und Führungen mit Reinhard Wienke in der Aktionswoche »(Un)-behindert«, die Versteigerung zum Ende der Ausstellungssaison und der Weihnachtskunstmarkt waren von ca. 3.000 Gästen besucht worden. Werke der Mühlenkünstler waren auch in den Arztpraxen Goretzki/Wolter/Morgenroth und Röthke sowie im Börsencafé zu sehen gewesen. Und wie immer zierte die Pyramide der Holzwürmer die Sparkasse während der Adventszeit.

Für das Jahr 2006 ist es gelungen, den Mühlenkalender neu aufzulegen. Es ist ein Jubiläumskalender zum 15. Jahr der Vereinsgründung, der 15 Blatt beinhaltet. Wem es noch nicht gelungen ist, auf dem Wehachtkunstmarkt einen Kalender zu erstehen, dem sei der Tip gegeben, daß Restexemplare eventuell noch im Weinkontor, beim Orthopädieschuhmacher Wassberg, in der Forst Apotheke oder



beim Juwelier Lanowsky gegen eine »Mühlenspende« erworben werden können.

Im Jahr 2005 konnte das Dach der Mühle erneuert werden, sodaß die Saison 2006 gesichert ist. Hier gilt ein besonderer Dank den Sponsoren CHORONA Immobilien GmbH, Kämpfe Elektronik GmbH, Mario Jahn Deutsche-Vermögensberatung Britz, L.Dietze & Sohn Fördertechnik GmbH, Frau Wegner-Repke – Sternapotheke, dem Druckhaus Eberswalde und Mariannes Blumenkorb – Ostende, deren großzügige Spenden die Dachreparatur ermöglichten.

Für das Jahr 2006 können sich die Mühleninteressierten auf sechs Ausstellungen, die Mühlespielmeisterschaft am Pfingstmontag, eine Modenschau am 11. August 2006, die Versteigerung und den Weihnachtskunstmarkt und viele andere Aktivitäten im 15. Jahr des Vereinsbestehens freuen.

VERONIKA BRODMANN, Vereinsvorsitzende

Eberswalde braucht ein »Antikorruptionskonzept«

Schlußfolgerungen aus dem Prozeß gegen den Eberswalder Bürgermeister

Der Prozeß gegen Bürgermeister Reinhard Schulz wegen Untreue und Bestechlichkeit im Zusammenhang mit Stellplatzablöse zieht sich hin. War anfangs sogar strittig, ob das Amtsgericht den Gegenstand überhaupt zur Verhandlung annimmt, sollte es dann ein gemeinsames Verfahren Schulz/Brandstetter vor dem Landgericht geben. Da Josef Brandstetter zur Verhandlung nicht erschien (gegen ihn wurde deshalb Haftbefehl erlassen), wurde das Verfahren Schulz wieder abgetrennt und läuft seit dem 18. Oktober 2005 vor dem Landgericht Potsdam. Die vor Weihnachten ins Auge gefaßte Urteilsverkündung läßt nun auch im neuen Jahr noch auf sich warten. Man darf gespannt sein, wann das Urteil ergeht und vor allem, was für ein Urteil es sein wird.

Bis dahin gilt grundsätzlich die Unschuldsvermutung. Aber nicht nur erlaubt, sondern unbedingt erforderlich ist die Frage: Wie konnte es dazu kommen, daß der Bürgermeister der Stadt in Verdacht gerät, städtisches Vermögen zu veruntreuen und sich bestechen zu lassen? Auch im Falle eines Freispruches bleiben ein Makel und vor allem die latente Gefahr der Wiederholung solcher Verdächtigungen, wenn die Ursachen nicht beseitigt sind.

Ursachenanalyse und Schlußfolgerungen spielten in Stadtverwaltung und StVV bisher kaum eine Rolle. Sie gingen sehr schnell wieder zur Tagesordnung über. Nach meiner Erinnerung hat noch keine Dienstaufsichtsbeschwerde gefruchtet (für Dienstaufsichtsbeschwerden galten stets die bekannten drei f-formlos, fristlos, folgenlos). Bestenfalls reichte es mal zur Aussage: wer entscheidet macht auch Fehler, oder: ohne Risiko kein Fortschritt.

Anlässe, sich Gedanken zu machen, wie künftig Fehler vermieden oder wenigstens minimiert werden können, gab's schon genug. Es sei hier nur an den Flugplatzskandal erinnert, der Anfang 2000 durch die Medien ging. 3,25 Millionen DM »Darlehen« der Technischen

Werke Eberswalde GmbH (TWE) an den »Flugplatzentwickler« Brandstetter sind verloren und wurden mit dem Jahresabschluß 2000 der TWE ausgebucht. Bis heute hat niemand dafür die politische Verantwortung übernommen oder wurde disziplinarische zur Verantwortung gezogen. Die Einstellung der damaligen staatsanwaltlichen Ermittlungen wird quasi als Absolution für Dummheit und Sorglosigkeit zum Nachteil der Stadt betrachtet.

Eine besondere Kuriosität im aktuellen Schulz-Prozeß ist, daß die Verteidigung ausgerechnet Frau Brandstetter als Zeugin bemüht – für deren Haus an der Eberswalder Breiten Straße die (verfahrensgegenständliche) Stellplatzablöse halbiert wurde – ein Haus, für das am 30.12.96 die Summe von 2,34 Mio DM bezahlt wurde, die Herr Brandstetter seiner Frau am 10.12.96 schenkte, nachdem seine Firma von den TWE am 6.12.96 die bewußten (faktisch geschenkten) 3,25 Mio DM als »Darlehen« erhalten hatte.

Daher sind unabhängig vom aktuellen Prozeß folgende Schlußfolgerungen zu ziehen:

1. *Der Grundsatz der Öffentlichkeit städtischer Entscheidungen ist permanent zu gewährleisten. Jeder Tendenz, öffentlich zu fassende Entscheidungen in nichtöffentlichen Gremien zu beraten oder gar zu entscheiden, ist grundsätzlich zu begegnen.*
2. *Der Versuch, Satzungen zeitweilig durch Dienstabweisungen auszuhebeln, um dann Satzungen rückwirkend in Kraft zu setzen, verstieß gegen das Kommunalrecht.*
3. *Die Rückzahlung von Stellplatzablösebeträgen, die mit den Investoren in einem Stellplatzablösevertrag schriftlich vereinbart und schon gezahlt waren, stellte einen Schaden für die Stadt dar und war nicht geeignet, das Klima für zukünftige Investitionen zu verbessern.*
4. *Die Tatsache, daß Bürgermeister Schulz mit einem Begünstigten des teilweisen Stellplatzablöseverzichts private Grundstücksgeschäfte abwickelte, mußte zwangsläufig als Befangenheit gewertet werden.*

5. *Die Mitwirkung des Rechtsamtes der Stadt an der »Dienstabweisung« und an der Ausarbeitung einer Satzung, die durch die beabsichtigte Rückwirkung Schaden für die Stadt bedeutete, wirft die Frage nach der Korrektheit der Arbeit des Rechtsamtes auf. (Das machen auch weitere – unter Mitwirkung des Rechtsamtes entstandene – rechtswidrige Beschlüsse der StVV deutlich: Rechtswidriger Beschluß der TWE-Gesellschafterversammlung und Nichtöffentlichkeit der Beschlußfassung der StVV über den Stadtwerkeanteilsverkauf, Beschluß der StVV über die Gewährung des 3,25-Mio-DM-Darlehens der TWE an die Brandstetter-Firma, rechtswidriger § 19 der Hauptsatzung in der Fassung vom 22.4.2004 – Zensur der Ortsbürgermeister im Amtsblatt)*

6. *Notwendig ist die Erarbeitung eines Antikorruptionskonzeptes der Stadt entsprechend den Erfahrungen anderer Städte, in dem nicht nur die Beamten und Mitarbeiter der Stadtverwaltung belehrt und kontrolliert werden, sondern auch begünstigende Bedingungen für Korruption zurückgedrängt werden (Vetternwirtschaft, Filz, Versorgungsjobs – statt dessen Antikorruptionsverantwortliche/r, Rotation in korruptionsgefährdeten Bereichen, Schwachstellenanalysen...)*

7. *Der Ämterhäufung und -konzentration in wenigen Händen muß begegnet werden. Der Bürgermeister sollte nur dort, wo es vom Gesetz zwingend vorgeschrieben ist, als Vertreter der Stadt agieren.*

8. *Die Beschlußvorschläge zur Transparenz in kommunalen Unternehmen sollten von der StVV beschlossen werden, denn sie verbessern die Möglichkeiten der kommunalen Selbstverwaltung und Bürgerbeteiligung und begegnen der Korruption.*

9. *Weitere Unternehmensausgründungen sollten vermieden werden, um Durchsicht und Einfluß zu behalten. Erfolgreiche Ausgründungen sollten auf ihre Zweckmäßigkeit geprüft und gegebenenfalls rückgängig gemacht werden.*

Am Umgang mit dem Fall Schulz wird man erkennen können, welche Bedeutung die Abgeordneten der Korruptionsbekämpfung beizumessen und wieviel Unabhängigkeit sie sich noch bewahrt haben.

ALBRECHT TRILLER

»Das ist keine Konkurrenz zum TGE«

Eberswalde (bbp). Die 5. Änderung des Flächennutzungsplans (FNP) der Stadt Eberswalde stand am 14. Dezember auf der Tagesordnung der StVV. Die Änderung dient der Schaffung von Baurechten zur Entwicklung eines Industrie-Innovations-Zentrums auf den Reservflächen des ehemaligen Walzwerkes Finow. Die bislang im FNP als Freifläche ausgewiesenen Areale werden künftig als gewerbliche Baufläche geführt. Wegen der unmittelbar angrenzenden Wohnflächen unterliegt ein Teil davon Nutzungsbeschränkungen im Sinne des Immissionsschutzes. Zum Ausgleich werden bisherige Bauflächen im Bereich der Märkischen Heide, auf der ehemaligen Freilichtbüh-

ne am Schützenplatz und im Technologie- und Gewerbepark (TGE) zugunsten von Waldflächen zurückgenommen.

In der vorangegangenen Beratung im Bauausschuß wurde Dezernent Dr. Gunther Prüger mit der Frage konfrontiert, ob mit dem neuen Industrie- und Innovationszentrum nicht eine Konkurrenz zum kommunalen Innovationszentrum im TGE entstehen würde. Er könne diese Ansicht nicht teilen, antwortete Dr. Prüger, »weil in den beiden Gewerbegebieten unterschiedliche Flächenangebote mit unterschiedlichen Nutzungsmöglichkeiten vorgehalten werden«. Beim Walzwerk gehe es »um die Abrundung eines bestehenden Gewerbebereiches«, mit einer »ver-

kehrsgünstigen Lage«. Die Landesregierung habe am 22. Oktober beschlossen, »daß Eberswalde Wachstumskern werden soll und die Maßnahmen der B 167 n schneller voranzutreiben sind«.

Die zusätzlich zur FNP-Änderung dem Investor vom Bürgermeister vorab zugesicherte Förderung einer Erschließungsstraße für die neuen Gewerbeflächen durch städtische Finanzmittel in Höhe von 50.000 Euro fand nach den im Ausschuß vorgebrachten Einwänden keinen Eingang in den 2006er Haushaltsplan. Daß die Planungen für die neue Straße durch das Planungsbüro eines Verwandten des Bürgermeisters realisiert werden, spielte bei dieser Entscheidung keine Rolle.

Ein Herz für Wandlitz

Aktionstag gegen Schulschließung

Nun geht das Wandlitz Gymnasium in die Offensive! Durch Schüler und Lehrer wird am 10. Februar ein Aktionstag gegen die vorgesehene Schließung des Gymnasiums veranstaltet, zu dem jeder eingeladen ist, der sich mit den Schülern gegen die Vorhaben im Schulentwicklungsplan wehren will.

Die Idee des Aktionstages entstand durch Benjamin Gorski (Jahrgangsstufe 13), der durch sein politisches Engagement mit der regionalen Politik vertraut ist. Die Organisation des Aktionstages findet gleichermaßen durch Schüler und Lehrer statt und spaltet sich in verschiedenen Kategorien – das wichtigste ist die Planung von Projekten die am Aktionstag von Schülern, Erwachsenen und allen Interessierten besucht werden können. Man kann unter anderem an den Projekten »Gewaltloser Widerstand« und »Parlamentsitzung« teilnehmen, wo ein Einblick in Politik und friedliche Konfliktlösung gegeben werden soll. In einem Tanzprojekt soll zu dem Song »I will survive« eine Choreografie einstudiert werden und mehrere Theaterprojekte in verschiedenen Sprachen sowie »Schnupperunterricht« für Sechstklässler oder Eltern soll die Möglichkeit geben, die Bildungsqualitäten der Schule selbst zu erleben.

Das Demonstrationsprojekt bereitet die Demonstration der Schüler, Lehrer, Eltern und Wandlitzern gegen die Schulschließung gründlich vor, damit diese problemlos entlang der B109 stattfinden kann. Außerdem werden den ganzen Tag lang Unterschriften gegen die Schulschließung gesammelt und es werden selbstentworfenen Buttons mit der Aufschrift »Ein Herz für Wandlitz« verteilt.

Die Wandlitzer sind natürlich nicht allein. So werden zum Aktionstag wichtige Persönlichkeiten eingeladen, die den Tag unterstützen werden, zum Beispiel die Bundestagsabgeordnete Petra Bierwirth, der Landtagsabgeordnete Reinhold Dellman, der Autor Rainer Thiel (»Schülerstreik in Storkow«) und der Bürgermeister von Wandlitz, Udo Tiepelmann. Auch die Schulleiter der umliegenden Schulen und die Mitglieder des Kreistages werden eingeladen und am Abend wird Ange da Costa mit Band (»AngeLikeMusiq«) alle Musikliebhaber begeistern.

Das von den Schülern erstellte Programm des Aktionstages sieht wie folgt aus: Von 8 bis 16 Uhr finden die verschiedenen Projekte statt und zwischen 16 und 18 Uhr präsentieren die Projektteilnehmer ihre Ergebnisse. Die Demonstration (je mehr teilnehmen, desto besser!), findet zwischen 14 und 16 Uhr entlang der B109 statt. Nach 18 Uhr kann jeder der möchte an einer Diskussionsrunde zum Schulentwicklungsplan bzw. zur Schulschließung teilnehmen, oder sich den Streß in der Disco in den Räumen des Gymnasiums abtanzen.

JOSEFINE LEESCH

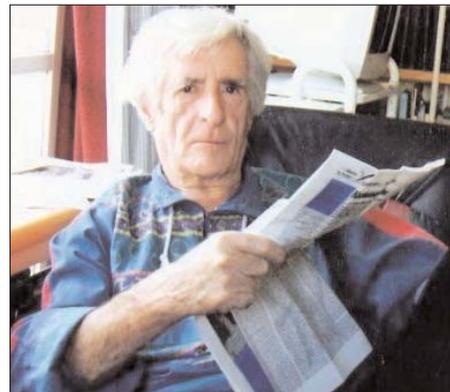
Offener Brief zur Schulplanung

an Josefine Leesch und die Schülerinnen und Schüler des Gymnasiums Wandlitz

Liebe Josefine Leesch, liebe Schülerinnen und Schüler, wenn eine Schule ausgelöscht werden soll, müssen sich die Schüler zur Wehr setzen. Wer soll denn den heutigen Politikern in zwanzig Jahren die Rente bezahlen, wenn nicht die Frauen und Männer, die heute noch jung sind? Vor fünf Jahren sollte in meiner Nachbarschaft, in Storkow, die elfte Klasse der Gesamtschule ausgelöscht werden. Da haben fünfhundert Schüler 9 Tage lang gestreikt. Das hieß: Sie haben den Unterricht selbst organisiert, die Schule teilweise besetzt und den Minister in die Schranken gewiesen. 23 Zeitungen und Sender haben darüber mit Sympathie berichtet. Heute ist diese Schule eine Europa-Schule. Ich habe als rüstiger Rentner den Streik begleitet, habe ein Buch über den Schülerstreik in Storkow geschrieben und habe überhaupt das Bildungswesen in Brandenburg studiert. Daraus ist noch einmal ein Buch entstanden: Mein Praktikum in Landespolitik. Deshalb kann ich sagen:

1. Josefine hat völlig recht mit ihren Worten in der »Barnimer Bürgerpost« vom Dezember 2005.

2. Ich füge hinzu: Die Mehrheit der Schulschließungen in Brandenburg ist gesetz- und verfassungswidrig. Behörden versuchen, Eltern und Schüler auszutricksen. Oft ist ihnen das gelungen. Wieso? Behörden bluffen die Eltern,



Dr. habil. Rainer Thiel

(www.thiel-dialektik.de)

indem sie behaupten, wenn zu wenig Schüler in einer Klasse sind, greife das Gesetz, und die Schüler müssten woandershin. Das ist Irreführung. Das Schulgesetz ermächtigt zwar den Minister, Richtwerte für die Klassenfrequenz durch sog. Verwaltungs-Vorschriften zu bestimmen. Behörden verschweigen aber, daß eine Minister-Verordnung kein Gesetz ist und daß jeder Minister Gesetze unter Einschluß ihrer grundlegenden Bestimmungen zu respektieren hat. So ist es im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland Artikel 80 und in der Verfassung des Landes Brandenburg ebenfalls im Artikel 80 festgelegt. Das bedeutet: Der Bildungs-Minister hat den grundlegenden § 4 im Brandenburgischen Schulgesetz zu respektieren. Dort sind die Aufgaben der Schule festgelegt, menschlich, modern und anspruchsvoll. Daraus ist abzuleiten, daß eine Jahrgangsstufe auch bei verminderter Schülerzahl Bestand haben muß, damit den Schülern keine Lebenszeit durch verlängerte Schulwege geraubt wird. Leicht kann man sich überzeugen, daß der Unterricht sogar am effektivsten ist, wenn eine Klasse mit nur 15 Schülern besetzt ist.

3. Oft handeln Schulräte gesetzwidrig, wenn Eltern ihren Willen bekunden wollen. Es gibt Fälle, in denen Schulräte die Teilnahme gesetzkundiger Bürger an Beratungen verweigerten, obwohl es die Eltern selber sind, die nach Schulgesetz § 76 über die Teilnahme von Gästen zu entscheiden haben. Schulräte verheimlichen gesetzwidrig, was das Schulgesetz vorschreibt.

4. Josefine hat recht: Schließung von Schulen macht für Land und Leute alles nur teurer. Und gar der Schaden für die Schüler! Ich füge hinzu: Die Regierenden brechen ihren Amtseid, mit dem sie geschworen haben, Schaden vom Land abzuwenden.

Laßt Euch nicht entmutigen, egal, wer mit Euch redet. Laßt Euch nicht einschläfern, von niemandem. Fordert Einhaltung von Recht und Gesetz. Wir lassen uns den Rechtsstaat nicht nehmen. Übt den Aufrechten Gang. Ich bin bereit, Euch beizustehen. Es grüßt Euch

RAINER THIEL

Bündnis 90/Die Grünen Barnim:

Mehr Demokratie bei Bürgerentscheiden

Der Kreisverband von Bündnis 90/Die Grünen hat in einer Petition an den Brandenburger Landtag die Änderung des derzeitigen Wahlverfahrens bei Bürgerentscheiden ange-regt. Wie bei allen anderen Wahlen sollte auch bei Bürgerentscheiden eine Briefwahl möglich sein. Nur so ist gewährleistet, daß jeder Bürger die Möglichkeit hat, sein demokratisches Wahlrecht auszuüben. Anlaß für die Petition war der am 14. August dieses Jahres durchgeführte Bürgerentscheid über den Ausbau der

Breitscheidstraße in Panketal. Mit einer Wahlbeteiligung von 22% wurde das erforderliche Quorum von 25% nur knapp verfehlt. Einwohner, die am Wahltag z.B. aufgrund einer Urlaubsreise nicht in Panketal weilten, hatten keine Möglichkeit, ihre Stimme abzugeben. Auch behinderte und kranke Menschen sind in der Ausübung ihres Wahlrechts eingeschränkt. Bündnis 90/Die Grünen drängen daher auf eine Änderung der Gesetzeslage.

REGINE SATZER, Kreissprecherin

StVV-Fraktion Allianz freier Wähler (AfW) Eberswalde:

»Seriose Haushaltsstrategie fehlt«

Wie bei jeder Stadt und Gemeinde gibt es alljährlich auch in Eberswalde eine Diskussion zum jeweils neuen Haushaltsentwurf und, so erforderlich, zum Haushaltssicherungskonzept. Dabei ist es schon ein auch von anderen politischen Ebenen her bekanntes Ritual, daß die Stadtkoalition von CDU und SPD von kleinen Anmerkungen abgesehen ein hohes Loblied für Entwurf und Haushaltssicherung singen. Da wird alles was aus- und angerichtet zum bedeutsamen Erfolg erklärt, da wird der Fleiß und die Anstrengungen von Verwaltung samt der Koalition und anderen Zustimmungswilligen gewürdigt.

Angesichts dieser Darlegungen, verwundert es allerdings, daß Eberswalde nicht zu einem Glanzpunkt der Wirtschafts- und Kulturerfolge wurde; daß so viele geförderte Projekte rote Zahlen als Markenzeichen ihrer Existenz aufweisen; daß der Einwohnerschwund von rd. 1000 Bürgern pro Jahr sich manifestierte; daß die Schulden der Stadt Eberswalde 5 Millionen übersteigen; daß Haushaltssicherungskonzepte die Genehmigung der Haushalte erzwingen mußten; daß die Erhöhung der Grundsteuer B (die im wesentlichen die Bürger und Gewerbetreibenden trifft) die Managementfehler der Stadtführung ausgleichen muß, um nur einiges zu nennen. Aufgabe einer Opposition ist es dagegen, das noch nicht Erreichbare, Fehler und Versäumnisse aufzuzeigen und dabei den Finger auf die Wunden zu legen, um auf dem Wege der Kritik Fehlentwicklungen in der Haushaltspolitik entgegenzuwirken.

Für 2006 galt es, den riesigen Schuldenberg von über 5 Millionen zu dezimieren. Für den Haushaltsentwurf und das Sicherungskonzept gab es nur im Detail auch von uns Zustimmung. Daß es nicht leicht war, Einsparmöglichkeiten zu entdecken, sehen auch wir, zumal Sparvorschläge auch von der AfW eingebracht wurden. Bereits hier wird aber klar, daß Sparen ohne eine vernünftige Strategie der Finanzpolitik die Verschuldung auf Dauer nicht behoben werden kann. Für uns ist das Entscheidende deutlich zu machen, daß der hohe Verschuldungsgrad durch falsche finanzpolitische Leitlinien der vergangenen Jahre entstanden ist. Die Vergangenheit ist eben unerbittlich und holt Eberswalde ein. Die gern getane Aussage, daß Eberswalde zu wenig Finanzzuweisungen erhal-

ten habe, wurde vom langjährigen und vor kurzem ausgeschiedenen Vorsitzenden des Finanzausschusses, Herrn Mix, Mitglied der CDU-Fraktion, anhand von Zahlenmaterial selbst widerlegt. Eberswalde hat sich mit vielen Projekten übernommen, indem es sich nach den zu erwartenden Fördermitteln ausrichtete, die hierfür zu geringe Eigenfinanzdecke aber geflissentlich übersah. Für eine Stadt mit jährlich schrumpfenden Einwohnerzahlen um rund 1000 Bürger sind solche Geld schluckenden Projekte wie Familiengarten, Spaßbad, Hafen, Gaststätte »Zählerwerkstatt«, Haus Schwärzetal u.a. auf Dauer nicht zu finanzieren. Da hilft auch nicht, das man mit der seinerzeitigen Ausgründung der Technischen Werke Eberswalde, einer 100-prozentigen Tochter der Stadt, gewissermaßen ein Mäntelchen über einige Projekte deckte, das dann dank Aufsichtsrat, Gesellschafterversammlung und GmbH-Gesetz, das ursprünglich für Privatunternehmen gedacht war, mit überzogener Geheimhaltung selbst vor Stadtverordneten Ziele und Handlungen verbergen kann.

Nun ist erfreulicherweise festzustellen, das der Familiengarten in die Sparmaßnahme einbezogen wurde, man sich um einen Verkauf des Hauses »Schwärzetal« schon länger bemüht. Jedoch sind für die nächsten Jahre bereits wieder neue Schuldenlöcher konzipiert, in dem man z.B. die Telekomstraße und die Erschließungsstraße im Walzwerk zu finanzieren gedenkt. Das sind für uns Beispiele, daß man sich im Eberswalder Rathaus über den tatsächlichen Ernst der Lage nicht so recht im klaren zu sein scheint. Auch besteht im Rathaus hinsichtlich der PKW-Parks noch ein gegenwärtig nicht zu vertretendes Anspruchsdenken.

Höchst bedenklich ist, daß nach mehrheitlicher Ablehnung der Erhöhung der Grundsteuer B, diese Steuererhöhung zusammen mit Haushalt und Sicherungskonzept noch einmal zur Abstimmung gestellt wurde, um so das Negativvotum für die Steuererhöhung zu unterlaufen. Solange mit derartigen Tricks gearbeitet wird, kann nach unserer Meinung von einer seriösen Haushaltsstrategie nicht gesprochen werden. So kann es nicht verwundern, daß unsere Fraktion Haushalt und Sicherungskonzept ablehnten.

Dr. GÜNTHER SPANGENBERG,
Fraktionsvorsitzender

Studienpreis der Körber-Stiftung: Arbeit und Leben

Bernau (de). »Mittelpunkt Mensch? Leitbilder, Modelle und Ideen für die Vereinbarkeit von Arbeit und Leben« ist das Thema der 7. Ausschreibung des Deutschen Studienpreises. Eingereicht werden können Arbeiten zu einem selbst gewählten Aspekt, nicht länger als ca. 15 Seiten und in deutscher Sprache. Themen könnten sein: Wie wir in Zukunft leben und arbei-

ten sollten. Arbeitet der Mensch, um zu leben oder ist die Arbeit sein eigentliches Leben? Was wird aus der »Generation Praktikum«? Bringt der demografische Wandel in Deutschland Chancen für den Arbeitsmarkt? Teilnehmbedingungen und weitere Infos sind im Wahlkreisbüro der Bundestagsabgeordneten Dagmar Enkelmann einzusehen.

Garagenbeschluß für WHG

Brief an die Fraktionen der StVV Eberswalde

Nun hat das letzte Jahr der Investitionsschutzfrist gemäß Schuldrechtsanpassungsgesetz für Garagen auf fremdem Grund begonnen. Diese Frist endet am 31. Dezember 2006. Kündigt der Grundeigentümer danach den Nutzungsvertrag über das Garagengrundstück, so fällt ihm auch das Eigentum an der Garage zu. Dieses Problem war Gegenstand der Debatte und der Beschlußfassung der StVV im Jahre 2004. Mit dem Beschluß Nr. 5-74/04 hat die Stadt Eberswalde auf ihr Kündigungsrecht von Nutzungsverträgen für städtische Garagengrundstücke bis zum Jahre 2019 verzichtet. Damit wurde die Unsicherheit für die privaten Besitzer von Garagen auf städtischem Grund bis 2019 ausgeräumt, die mit der Möglichkeit rechnen mußten, ihr Eigentum nach dem 31. Dezember 2006 zu verlieren.

Mit dieser Lösung ist das Problem Garagen auf fremdem Grund zwar noch nicht endgültig gelöst, aber mit dem eingeschlagenen Weg zunächst bis 2019 aufgehoben. Die Stadt Eberswalde hat damit anderen Kommunen ein positives Beispiel gegeben.

Der Beschluß der StVV zur Lösung des Garagenproblems gilt aber nur für die städtischen Garagengrundstücke. Darüber hinaus gibt es im Stadtgebiet auch Garagengrundstücke der WHG. Für die Besitzer der Eigentumsgaragen auf diesen Grundstücken besteht die Unsicherheit einer möglichen Kündigung der entsprechenden Grundstücksnutzungsverträge weiter.

In der StVV am 8. März 2005 hatte Martin Satka zum Thema Garagengrundstücke der WHG Fragen in der Einwohnerfragestunde gestellt. Er wollte wissen, ob es nicht möglich sei, den Garagenbeschluß der StVV auch für die WHG wirksam zu machen.

Der Antwort der WHG ist zu entnehmen, daß sie »kein aus heutiger Sicht erkennbares Problem...« hätte, »...die städtische Regelung, Nutzungsgarantie bis 2019, für die Garagenkomplexe der WHG zu übernehmen«. Bisher ist es aber bei dieser recht allgemeinen Aussage geblieben. Folglich bleibt die Unsicherheit einer eventuellen ordentlichen Kündigung auf der Grundlage des Schuldrechtsanpassungsgesetzes zum Jahresende 2006 für die Eigentümer von Garagen auf WHG-Gelände. Die Bürgerinitiative Garagen- und Erholungsgrundstücke wendet sich deshalb an die Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung mit der Bitte, einen Beschluß der StVV zu initiieren, der Gesellschafterversammlung und Aufsichtsrat der WHG beauftragt, dem Garagenbeschluß auch für die WHG Geltung zu verschaffen.

Eine Lösung des Problems ist möglich, weil die Stadt alleinige Gesellschafterin der WHG ist. Die Anwendung des städtischen Garagenbeschlusses ist geboten, um die Garageneigentümer vor der Gefahr des Eigentumsverlustes zu schützen, aber auch zur Verwirklichung des Gleichheitsgrundsatzes.

BI Garagen- und Erholungsgrundstücke

Strom- und Gaspreiserhöhungen: Widerspruch angesagt

Die Eberswalder Stadtwerke haben in der örtlichen Tageszeitung vom 31.12.2005 mitgeteilt, daß sie die Strom- und Gaspreise zum 1.1.2006 erhöhen. Die Erhöhung Arbeitspreise beträgt ca. 11 bis 12 % zum bisherigen Preis. Jeder Stadterkunde ist gut beraten, die Möglichkeit des Widerspruchs zu prüfen. Das nachfolgende Musterschreiben des Bundes der Energieverbraucher ist eine Möglichkeit dafür. Der Schwerpunkt der Argumentation liegt darin auf dem § 315 BGB, der Verbraucher vor unbilligen Preisforderungen schützen soll. Die Energieversorger führen an, daß ihre Preise behördlich geprüft wurden. Trotzdem kann auf der Grundlage des § 315 BGB widersprochen werden, wie das Landgericht Mühlhausen ausführt (Az.: 2 S 83 / 2004 vom 12.04.2005): »Dabei steht die Tatsache der behördlichen Genehmigung der Tarife der Anwendbarkeit des § 315 BGB nicht entgegen. Trotz einer derartigen Genehmigung unterliegen einseitige Leistungsbestimmungen der richterlichen Inhaltskontrolle mit dem möglichen Ergebnis, daß der einseitig bestimmte und von der zuständigen Behörde gebilligte Preis die von § 315 BGB gesetzten Grenzen überschreitet (vgl. LG Berlin, ZNER 2001, S. 273 m.z.w.N.).«

Ich halte die von Ihnen beabsichtigte bzw. verkündete Erhöhungen der Energiepreise für unbillig gem. § 315 Abs. 3 Satz 2 BGB und berufe mich auf deren Unverbindlichkeit. Ich fordere Sie auf, mir Ihre Berechtigung zur einseitigen Preisanpassung nachzuweisen. Ich verweise auf die Rechtsprechung des BGH zur Unwirksamkeit von Preisklauseln.

Ich fordere Sie weiter auf, mir die Erforderlichkeit und die Angemessenheit der Preiserhöhung durch nachvollziehbare und prüffähige Offenlegung Ihrer Kalkulationsgrundlagen nachzuweisen. Zur Wirkung des Unbilligkeits Einwandes verweise ich auf die gefestigte Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs (BGH NJW 2003, 3131 f.; LG Köln, RdE 2004, S. 306 und Entscheidung vom 5.7.2005, X ZR 60/04).

Weil der Einwand der Unbilligkeit die Nichtfälligkeit des Anspruchs zur Folge hat, möchten Sie von Mahnungen, Sperrandrohungen etc. absehen. Es ist Ihnen verboten, ein eventuelles Guthaben aus anderen Sparten mit der Tarifierhöhung zu verrechnen, Guthaben in anderen Sparten sind also voll ohne Verrechnung auszuführen. Eine eventuelle Nachzahlung erbringe ich selbständig. Die Abschläge dürfen von Ihnen allein aus dem Grund der bis auf weiteres unverbindlichen Preiserhöhung nicht erhöht werden, da dies im Falle der Unbilligkeit unweigerlich zu Überzahlungen führen würde. Zahlungen erfolgen künftig nur auf die Hauptforderung zu den alten Preisen. Ich rüge auch diese als unbillig und behalte mir vor, auch deren Billigkeit gerichtlich prüfen zu lassen und Überzahlungen zurückzufordern.

Dieses Schreiben wollen Sie in einem Prozeß dem Gericht vorlegen, um nicht Gefahr zu laufen, einen falschen Sachverhalt vorzutäuschen. Den Erhalt dieses Schreibens bitte ich

Viertel schrumpft zu einer Kleinstadt

Integriertes Stadtteilentwicklungskonzept für das Brandenburgische Viertel

Eberswalde (bbp). Das Brandenburgische Viertel in Eberswalde gehört zu jenen in DDR-Zeiten erbauten großen Plattenbauvierteln, die zur Lösung der nachwendebedingten Probleme in den Genuß spezieller Förderprogramme kommen. Im Zusammenhang damit wurden für das Viertel ein städtebaulicher Rahmenplan erstellt, eine Sozialstudie erarbeitet und im Rahmen des Fördermittelprogramms »Soziale Stadt« ein Integriertes Handlungskonzept entwickelt. In den letzten Jahren gab es insbesondere durch die unter der Überschrift »Stadtumbau« vollzogenen Abrißmaßnahmen Veränderungen. Das Integrierte Handlungskonzept bedarf daher einer dringenden Überarbeitung, teilte die Fachdienstleiterin für Stadtentwicklung Silke Leuschner am 29. November dem zuständigen Fachausschuß der Eberswalder StVV mit. Es gelte, »neue Maßnahmen aus einer Analyse zu entwickeln, die den bisherigen Entwicklungsprozeß und die Bedingungen, die sich aus dem Stadtumbaukonzept neu ergeben, berücksichtigen.« Auf dieser Grundlage hat die Bauverwaltung bereits im Oktober das Berliner Büro für Stadtplanung, -forschung und -erneuerung (PFE) mit der Erarbeitung des Integrierten Stadtteilentwicklungskonzeptes für das Brandenburgische Viertel beauftragt. Das Büro PFE machte bereits Erfahrungen mit dem Brandenburgischen Viertel, als es die Sozialstudie für das Brandenburgische Viertel erstellte.

Dr. Jochen Korfmacher und Heidi Rusteberg vom Büro PFE informierten den Ausschuß über den ersten Arbeitsstand der Analyse. Seit 1990 habe sich die Bevölkerung im größten Neubaugebiet auf etwa 7.500 halbiert. In den nächsten fünfzehn Jahren werde das Wohngebiet weitere 2000 Einwohner verlieren. Daher sei trotz des bereits erfolgten Abrisses von fast 600 Wohnungen mit weiterem Leerstand im Viertel zu rechnen. Bis 2020 müßten insgesamt 1.600 bis 1.800 Wohnungen »zurückgebaut« werden, um die Leerstandsquote in einem für die Wohnungsunternehmen wirtschaftlich verkraftbaren Rahmen zu halten.

Der künftige Einwohnerrückgang sein nicht mehr wie bisher hauptsächlich auf Abwanderung zurückzuführen. Die schon vorhandene Tendenz, daß es mehr Sterbefälle als Geburten gebe, werde sich noch verstärken, wenn ab 2015 die geburtenschwachen Jahrgänge ab 1990 die demographische Weiterentwicklung bestimmen. Dann sei ein zweiter »Geburtenknick« zu erwarten, warf Baudezernent Dr. Gunther Prüger ein. Allerdings weist das Brandenburgische Viertel auch demographische Vorteile gegenüber den anderen Stadtteilen auf. Mit 55 % ist hier ein weit höherer Anteil als in den anderen Stadtteilen jünger als 45 Jahre. Das überdurchschnittliche Angebot an relativ preiswertem Wohnraum dürfte gerade für junge Leute attraktiv sein.

Die Stadtplaner sprachen daher von einer »moderaten Abrißstrategie«, die sie vorschlagen wollen. Die vorgeführten Schaubilder zeigten indes eher einen Kahlschlag. Bis auf die Wohnblocks an der Potsdamer Allee und eine kurze Häuserzeile in der Brandenburgischen Allee würde sich der gesamte Westteil des Viertels in einen »Bürgerwald« mit einem Hundeausführplatz und eventuell einigen Kleingärten verwandeln. Sogar das gerade erst sanierte und mit moderner Solartechnik ausgestattete Gebäude der WBG in der Flämingsstraße würde dem »moderaten Abriß« des PFE zum Opfer fallen. Als Alternativen dazu nannte das PFE den Erhalt der »Renta«-Blöcke (ehemals Duske) als »abgehängte Wohnzeilen«, den »kleinteiligen Rückbau« einzelner Etagen, das »Einmotten« ganzer Wohnblocks in der Hoffnung auf bessere Zeiten sowie die Kombination aller Varianten. Dr. Prüger wies darauf hin, daß der Wohnungsabriss in der dargestellten Dimension von den zur Verfügung gestellten finanziellen Mitteln abhängig ist und eine entsprechende Abstimmung mit den Wohnungsunternehmen notwendig sei. Letztlich entscheide die weitere wirtschaftliche Entwicklung, ob ein möglicher zusätzlicher Arbeitskräftebedarf für Zuzug und somit höheren Wohnungsbedarf sorgen könne.

Die Ausschußmitglieder gaben zahlreiche Hinweise, die den Stadtplanern bei ihrer weiteren Arbeit helfen können. Karen Oehler (BFB/Grüne) wies darauf hin, daß der Kreis wahrscheinlich das Oberstufenzentrum im Brandenburgischen Viertel aufgeben werde. Sie regte an, den Bedarf an Kitas und Schulen im Viertel anhand der erwarteten Bevölkerungsentwicklung zu analysieren. Die Kitas und Schulen müßten in der zu entwickelnden umfassenden sozialräumlichen Strategie eine besondere Rolle spielen. Der sachkundige Einwohner Wolfram Hey machte Vorschläge zur besseren Integration der rund 600 russischsprachigen Migranten. Uwe Grohs (CDU) kritisierte die gestörte Struktur, die sich aus den Planungen ergebe. Der »Heidewald« und der Potsdamer Platz – als Zentrum des Brandenburgischen Viertels konzipiert – befänden sich danach in einer Randlage. »Um ein Wohngebiet attraktiv zu gestalten, müssen Reserveflächen ausgewiesen werden. Es kann nicht sein, daß Schulen und zentrale Versorgungseinrichtungen nur dem Abriss preisgegeben werden.« Die Frage sei, wie das Viertel bis 2020 attraktiver gestaltet werden kann »und nicht nur Pflegeheime errichtet werden«. Auch mit 5.500 Einwohnern entspreche das Viertel noch einer Kleinstadt, »wo gewisse kulturelle und Versorgungseinrichtungen für alle Altersgruppen vorhanden sein sollten«.

Am 17. Januar soll das Integrierte Handlungskonzept von der Bauverwaltung und dem Büro PFE den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern vorgestellt werden.

»Wir schlagen Krach!«

Das ist das Motto unserer heutigen Montagsdemo. Krach schlagen soll aber nicht bedeuten, einfach nur laut zu sein. Krach schlagen wollen wir, um laut zu protestieren gegen Hartz IV und Agenda 2010.

Ja, es ist dunkel geworden in Deutschland und kalt! Die Millionen Opfer des Sozialabbaus sieht man nicht oder man will sie nicht sehen. Wenn uns in der Dunkelheit keiner sieht, so müssen wir uns lautstark bemerkbar machen. Wir schlagen Krach gegen die Politik des Sozialabbaus, die nun auch unter der neuen Regierung fortgesetzt wird. »Wir brauchen keine Agenda 2010, wir brauchen eine Agenda für Arbeit« tönte Frau Merkel im Wahlkampf. Jetzt heißt es, Schröder habe mit der Agenda 2010 eine Reform mutig auf den Weg gebracht, die fortgesetzt werden müsse. Und Schröders Weggefährte als heutiger Arbeitsminister ist der Garant für die Fortsetzung des Sozialabbaus.

Übrigens, Hartz IV beginnt zu greifen: Nachdem der Deutsche Ratzinger den »Polenjob« als Papst übernommen hat, übernimmt jetzt ein anderer Deutscher namens Schröder einen »Russensjob« als Aufsichtsratsvorsitzender für die Ostseegasleitung.

Seht Ihr – es geht doch! Da dürft Ihr aber nicht hier in Eberswalde hocken und warten, bis man Euch den Job nach Eberswalde bringt!

Im Falle des Papstes fanden das viele gut. »Wir sind Papst« riefen sie in ihrer Begeisterung! Daß Schröder Aufsichtsratsvorsitzender wird, finden manche nicht so gut und rufen nun nach einem Ehrenkodex.

Einen Ehrenkodex brauchen auch die Hartz IV-Betroffenen, nachdem sie als Abzocker, Sozialschmarotzer, Betrüger usw. bezeichnet wurden. Hier unser Vorschlag:

1. Arbeitslosigkeit ist keine Schande. Sie ist Ausdruck der Unfähigkeit der Regierenden, gesellschaftliche Probleme zu lösen.
2. Wer Opfer der Politik des Sozialschlags geworden ist, hat die Pflicht und Schuldigkeit, sich dagegen gemeinsam mit anderen Betroffenen zu wehren und auf die Straße zu gehen.
3. Wer Hilfe im Kampf gegen das Unrecht erwartet, muß auch anderen im Kampf gegen das Unrecht Hilfe geben.
4. Wer kämpft kann verlieren, wer nicht kämpft, hat schon verloren.
5. Wer aufgibt, macht sich mitschuldig.

Ihr alle, die ihr hier auf dem Platz steht, erfüllt diesen Ehrenkodex. Aber Millionen von Betroffene verstoßen dagegen.

Wenn wir Krach schlagen, so nicht nur als Protest gegen Bundespolitik, sondern auch gegen Landes- und Kommunalpolitik.

In der Stadt Eberswalde wurde gerade der Haushalt für das Jahr 2006 beschlossen. Infolge einer verfehlten Wirtschafts- und Finanzpolitik sind die Kassen leer. Nun sollen die Bürger dafür zahlen. Steigende Preise für Zoo und Bücherei, die Abgabe der weiterführenden Schulen an den Kreis, Elternbeiträge für den

Schülertransport, steigende Kosten für den Personennahverkehr usw. All das trifft besonders diejenigen, die schon wenig haben.

»Wir sind das Volk« – rufen die Montagsdemonstranten. Ja – ihr seid das Volk, sagen die Regierenden – ihr müßt alles bezahlen!

Euch geht es ja noch zu gut, sagen die, die noch Arbeit haben. Aber warum wollen dann nicht alle arbeitslos sein? Alles nehmen sie in Kauf, nur um nicht arbeitslos zu werden. Sie verzichten auf Lohn, auf Weihnachtsgeld, arbeiten länger – und verlieren doch zu Tausenden ihren Arbeitsplatz. Und die Profite steigen und steigen.

Es wird sich erst etwas ändern, wenn alle auf die Straße gehen und Krach schlagen.

Wenn wir heute Krach schlagen, dann auch, um gegen die Arbeit des Eberswalder Arbeitssamtes, der »Agentur für Armut«, zu protestieren, die es nicht schafft, die rechtzeitig gestellten Anträge zur Weitergewährung des ALG II rechtzeitig zu bearbeiten. Die Zahlungen werden erst einmal eingestellt. Was kümmert's die Agentur, wenn die Betroffenen kein Geld auf dem Konto haben. Nun schnell noch eine gute Nachricht: »Die Arbeitsagentur Eberswalde gehört bundesweit zu den zehn erfolgreichsten Arbeitsämtern« (MOZ, 14.12.2005).

Da können wir doch richtig froh sein. Eberswalder Betroffene haben das große Glück, von einem der besten Arbeitsämter Deutschlands schlecht bedient zu werden.

Die Agentur ist auch für andere Überraschungen gut. 2004 hatte eine Eberswalder Bürgerin 471 Euro zuviel Betriebskosten gezahlt. Nun wird ihr die erfolgte Rückzahlung von der Agentur als Einnahme für 2005 auf das ALG II angerechnet. Ein anderes Stück aus dem Tollhaus der Agentur ist, daß bei verzögerter Bearbeitung die Betroffenen womöglich nicht mehr krankenversichert sind, weil die Agentur die Krankenversicherung über das Auslaufen des ALG II informiert, aber nicht darüber, daß der Folgeantrag bearbeitet wird.

Wir fordern deshalb: Wenn schon keine Arbeitsangebote gemacht werden können und die Betroffenen in Armut gezwungen werden, dann bitteschön pünktliche Zahlung des ALG und Gewährung aller gesetzlichen Leistungen. Bearbeitungsverzug darf nicht zu Lasten der Betroffenen gehen. Die Krankenversicherung darf nicht unterbrochen werden, solange keine neue Arbeit aufgenommen werden konnte. Unsere Solidarität gilt den streikenden Kassenärzten, die nun auch die Folgen von Hartz IV spüren. Wir lehnen die ungerechte Verrechnung von Betriebskostengutschriften aus Vorjahren mit den aktuellen ALG II-Bezügen ab.

Eberswalder Montagsdemo, 19. Dezember

Demo-Berichte:

68. Montagsdemo am 19.12.

»Wir schlagen Krach« – war das Motto der 68. Montagsdemo in Eberswalde. Auf den geplanten Demonstrationzug zur Agentur für Arbeit wurde angesichts der geringen Teilnehmerzahl verzichtet. Zur ersten Montagsdemo im neuen 14-Tage-Rhythmus hatten sich nur 22 Personen eingefunden. Für den verhinderten Redner sprach Albrecht Triller zu den Demonstranten. Er erläuterte das Motto der Aktion. »Ja, es ist dunkel geworden in Deutschland und kalt! Die Millionen Opfer des Sozialabbaus sieht man nicht oder man will sie nicht sehen. Wenn uns in der Dunkelheit keiner sieht, so müssen wir uns lautstark bemerkbar machen.«

Das »Krach schlagen« richtete sich gegen die Bundespolitik, aber auch gegen Landes- und Kommunalpolitik. Auch an die Agentur für Arbeit richteten die Montagsdemonstranten konkrete Forderungen. Hierzu ergriffen verschiedene Demonstranten am offenen Mikro das Wort.

Zur Lärmerzeugung kamen große Fässer, Rasseln, Hupen, Trillerpfeifen u.a. zum Einsatz. Trotz der geringen Teilnehmerzahl wurde so ein gehöriger Lärmpegel erreicht.

Die weiter gesunkene Teilnahme machte die Anwesenden nachdenklich, inwieweit die Fortführung der Montagsdemos noch sinnvoll ist. Der Zuspruch zur nächsten Demo am 2. Januar sollte für die Entscheidung über die Fortführung der Eberswalder Montagsdemos von großer Bedeutung sein.

Montagsdemo am 2.1

Ute Frey als Moderatorin begrüßte die 35 Montagsdemonstranten im Neuen Jahr und wünschte ihnen alles Gute für 2006. Damit wurden zumindest wieder die Teilnehmerzahlen der letzten wöchentlichen Montagsdemos im vergangenen Jahr erreicht und damit die Gewißheit: Wir machen weiter!

In ihrer Rede setzte sich Ute Frey mit dem Brief der Bundeskanzlerin an die Bürgerinnen und Bürger auseinander. Diese teure Anzeige in der Tagespresse sei unangemessen gewesen, meinte die Rednerin. Merkels inhaltliche Aussagen ließen keine Lösung für das brennendste Problem, nämlich das der Arbeitslosigkeit, erwarten.

Im Anschluß zeigte Frank Töpfer auf, was die vom Sozialabbau Betroffenen im neuen Jahr 2006 erwartet. Weitere Nullrunde für Rentner, Kombilöhne, von denen man nicht leben kann; Aushöhlung des Kündigungsschutzes, Streichung der Eigenheimzulage, Kürzung der Pendlerpauschale waren Stichworte in seinem Redebeitrag.

Das offene Mikro nutzte Günter Ilenz. Er widersprach der Erwartung, daß ALG II-Empfänger für die kärglichen Brosamen acht

Stunden arbeiten sollten. Auch Kombilohnmodelle schaffen keine Arbeitsplätze. Zu dieser Frage äußerten sich auch Anne Resmer, Reiner Holz und Frank Töpfer. »Wir wollen arbeiten«, sagte Frank Töpfer, »aber von Arbeit muß man leben können«.

Für den städtischen Neujahrsempfang am 6. Januar verabschiedeten die Anwesenden Fragen nach der Sinnfälligkeit dieser Veranstaltung, wenn doch für andere wichtigere Dinge das Geld fehlt.

Die nächste Montagsdemo findet am 16. Januar wieder um 16.30 Uhr am Marktplatz (Löwenbrunnen) statt.



Jürgen Ilenz am offenen Mikrofon

ALG II: Kosten der Unterkunft

Beantwortung der Fragen von Ute Frey auf dem Kreistag am 23.11.2005

1. Gibt es eine kreisspezifische Richtlinie für die »Kosten der Unterkunft«? Welches sind deren wesentliche Elemente?

Die Kosten der Unterkunft werden in tatsächlicher Höhe übernommen, soweit sie angemessen sind. Die Angemessenheit richtet sich nach der Besonderheit des Einzelfalls. Die Beurteilung der Angemessenheit erfolgt auf der Grundlage der Größe der Wohnung und dem Kaltmietpreis je m² Wohnfläche. Die Größe wiederum richtet sich nach der Anzahl der Personen, die in der Wohnung wohnen. Die Größen werden entsprechend den Regelungen des Wohnungsbindungsgesetzes zu Grunde gelegt. Der Kaltmietpreis bestimmt sich nach den ortsüblichen Mieten im unteren Mietpreissegment. Der Kaltmietpreis ist somit innerhalb des Landkreises regional unterschiedlich und liegt zwischen 3,70 und 4,25 Euro.

2. Wurden schon Kostensenkungsaufforderungen erlassen? Wenn ja, welches sind die Grundlagen dafür?

Ja, es wurden Aufforderungen zur Senkung der Unterkunfts-kosten erlassen. Die Grundlagen dafür bilden die unter 1. genannten Kriterien zuzüglich 50 %, für Wohnraum der zu Beginn der Hilfgewährung bereits bewohnt wird.

3. Mußten ALG – Leistungsempfänger bereits »unangemessenen« Wohnraum räumen? Gab es schon Zwangsumzüge?

Ja, es erfolgten bereits Umzüge in kostengünstige Wohnungen.

4. Wurden in Fällen des Umzuges zum Zwecke der Kostensenkung die Umzugskosten von der ARGE übernommen?

Wird die Aufforderung zur Senkung der Kosten der Unterkunft erteilt, werden auch die notwendigen Umzugskosten übernommen. Sie müssen jedoch vor dem Umzug beantragt werden.

5. Gibt es Fälle, in denen die Erstattung der Kosten für Unterkunft auf den Regelsatz beschränkt wurde, wenn der Wohnraum als »unangemessen« angesehen wird?

Der Regelsatz dient der Deckung des laufenden Lebensunterhaltes ohne Kosten der Unterkunft. Fallen Kosten der Unterkunft an, so werden diese zusätzlich zum Regelsatz übernommen.

Und nun noch eine andere Frage: Ist Ihnen bekannt, daß es bei der Zahlung des ALG II für November zu erheblichen Störungen gekommen ist?

Ja, es ist bekannt, daß es zu Verzögerungen der Bearbeitung der Anträge kam. Um diese Verzögerungen auf ein Minimum zu reduzieren, wurden im Job-Center organisatorische Maßnahmen eingeleitet (z.B. personelle Stärkung und Steuerung der Bewilligungsabschnitte 2006).

ULRICH GRÄFE, Dezernent für Jugend, Soziales, Gesundheit, Bildung und Kultur

Keine Veranlassung ...

Antwort auf die Anzeige der Eberswalder Montagsdemo gegen Ex-Wirtschaftsminister Clement

Auf Ihre Strafanzeige vom 24. Oktober 2005 gegen Wolfgang Clement wegen Volksverhetzung u. a. teile ich Ihnen mit, daß der von Ihnen vorgetragene Sachverhalt keine Veranlassung bietet, in strafrechtliche Ermittlungen einzutreten.

Ihr Anzeigevorbringen wurde hier unter allein maßgeblichen strafrechtlichen Gesichtspunkten überprüft. Die Überprüfung ergab, daß keine zureichenden tatsächlichen Anhaltspunkte für ein strafbares Verhalten des von Ihnen Beschuldigten vorliegen. Insbesondere liegen keine zureichenden tatsächlichen Anhaltspunkte für den Tatbestand der Volksverhetzung nach § 130 Strafgesetzbuch vor.

Für die insoweit allein in Betracht kommende Alternative des § 130 Abs. 1 Nr. 2 des Strafgesetzbuches fehlt es bereits an einen Angriff auf die Menschenwürde des von den inkriminierten Äußerungen betroffenen Personenkreises. Für die Beurteilung, ob ein Angriff auf die Menschenwürde vorliegt, ist auf die gesamten Umstände in Form einer Gesamtschau abzustellen (vgl. BGHSt 40, 97, 101; BGH NSStZ 1984, 310). Dabei ist zu berücksichtigen, daß in dem Merkmal des Angriffs auf die Men-

schwürde eine maßgebliche tatbestandliche Einschränkung liegt, die sicherstellt, daß nur besonders massive Diskriminierungen und Diffamierungen als strafbar angesehen werden. Dem § 130 des Strafgesetzbuches kommt nicht die Funktion eines erweiterten Ehrenschatzes zu. Ein tatbestandsmäßiger Angriff liegt demnach nur dann vor, wenn der angegriffenen Person ihr ungeschmälertes Lebensrecht als gleichwertige Persönlichkeit in der staatlichen Gemeinschaft bestritten und sie als unwertes Wesen behandelt wird (KG NJW 2003, 685ff.m.w.N.; Tröndle/Fischer, StGB, 52. Aufl., § 130 Rdn. 12 m. w. N.). Das »Menschentum« des Angegriffenen muß bestritten, in Frage gestellt oder relativiert, der Betroffene im Kernbereich seiner Persönlichkeit getroffen werden sollen (BGHSt 36, 82, 90).

Eine derartige Bewertung lassen die von Ihnen beanstandeten Äußerungen des Ministers gegenüber Medienvertretern nicht zu, zumal in der vorzunehmenden Gesamtbetrachtung auch die äußeren Umstände, nämlich die kontroverse öffentliche Diskussion über die in den vergangenen Jahren in der Bundesrepublik Deutschland bekannt gewordenen Mißbrauchs-

fälle durch Empfänger von Sozialleistungen, zu berücksichtigen sind. Überdies ist nach ständiger Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts dem Gewicht des Grundrechts der Meinungsfreiheit (Art. 5 Abs. 1 des Grundgesetzes) schon auf der Ebene der Auslegung von Äußerungen Rechnung zu tragen, also bei der Prüfung der Frage, ob diese einen Angriff auf die Menschenwürde enthalten. Besonders in Angelegenheiten von öffentlichem Interesse und im politischen Meinungskampf gilt die Vermutung zugunsten der Meinungsäußerungsfreiheit, welche nur dann eine Einschränkung erfährt, wenn bei der herabsetzenden Äußerung nicht die Sache, sondern die Diffamierung der Person oder des Personenkreises im Vordergrund steht. Davon kann hier jedoch unter Beachtung der vorab zitierten Grundsätze der obergerichtlichen Rechtsprechung und des offenkundigen Interesses des Bundesministeriums für Arbeit und Wirtschaft in der Sache selbst, nämlich ungerechtfertigte Staatsausgaben zu vermeiden, nicht ausgegangen werden.

Das Verfahren war daher nach §§152 Abs. 2, 170 Abs. 2 Strafprozeßordnung einzustellen.

HENJES, Staatsanwalt

»Mut und Entschlossenheit« gegen Merkels Politik

Frau Merkel hatte das Bedürfnis, sich an die Bundesbürger zu wenden, um ihnen zum Jahreswechsel etwas zu sagen. Doch eigentlich – um nichts zu sagen. Denn ihre Aussagen sind leeres Gewäsch.

Ihr habt nicht gelesen, was Frau Merkel uns zu sagen hatte? Wer am 30. Dezember eine Tageszeitung aufschlug, konnte es nicht übersehen. Für lumpige 345 Wörter wurde eine ganze Zeitungsseite gebraucht. Da spürt man nichts von Sparwillen. 2,5 Millionen Euro soll die Aktion laut dem Bund der Steuerzahler gekostet haben!

Aber Ihr könnt Frau Merkels Worte ja gar nicht gelesen haben, denn welcher ALG II-Empfänger kann sich denn noch eine Tageszeitung leisten. Vielleicht ist es besser so, der Brief hätte Euch den Rest von Feiertagsstimmung zum Jahreswechsel auch noch versaut.

»Bei all den Problemen, vor denen wir zur Zeit stehen«, erklärt Frau Merkel, will sie Kanzlerin sein, weil sie »an dieses Land und seine Menschen glaubt! Weil Deutschland voller Chancen steckt.« Die große Koalition, sagt sie, hat den festen Willen, die Probleme zu lösen und die Herausforderungen zu meistern. Das ist richtig toll! Frau Merkel »glaubt« und sie hat »den festen Willen«. Dem kann ich nur entgegen halten: Die Botschaft hör ich wohl, allein mir fehlt der Glaube. Was hat Frau Merkel in ihrer Botschaft anzubieten?

Sie will für mehr Arbeit sorgen. Dazu will sie ein neues Klima für Unternehmen schaffen. »Wir senken die Lohnnebenkosten, damit endlich wieder mehr Menschen in Arbeit kommen«, sagt sie. Alle bisherigen Regierungen verfolgen seit Jahren den Kurs, die Bedingungen für die Unternehmen zu verbessern, um Arbeitsplätze zu schaffen. Und das mit Erfolg für mehr Unternehmensgewinne – aber nicht für mehr Arbeitsplätze.

Weiter sagt Frau Merkel, daß Reformen nötig wären. »Wir brauchen die Bereitschaft für Veränderungen. Nur so können wir unseren Wohlstand und das hohe soziale Niveau in Deutschland für uns und die kommenden Generationen bewahren.« Wenn Frau Merkel sagt, daß **wir** Bereitschaft für Veränderungen brauchen, dann meint sie, daß sie von anderen, nämlich **von den Betroffenen Bereitschaft für Veränderungen** fordert. Die Änderungen sollen den Wohlstand und das hohe soziale Niveau sichern? Tatsächlich meint sie, daß sie den Sozialabbau fortsetzen will.

Frau Merkel will Deutschlands Probleme durch Wirtschaftswachstum lösen. Das hält sie für die Voraussetzung dafür, daß unsere Sozialsysteme finanzierbar und leistungsfähig bleiben und der Staat seine Aufgaben erfüllen kann. Das Problem ist aber nicht, daß zu wenig produziert wird und daß Geld zur Finanzierung fehlt. Das Problem besteht vielmehr darin, daß der durch die Arbeit geschaffene Reichtum ungerecht verteilt wird. Das geschieht, daß der wertschaffende Arbeiter zu gering bezahlt wird. Von dem, was ihm bleibt, holt sich einen großen Teil der Staat, um es wiederum den Unternehmen zu geben. Für die soziale Sicherung bleibt immer weniger übrig. Die Umverteilung von unten nach oben schreitet unaufhaltsam fort. Die Kluft zwischen arm und reich wird täglich größer. Ein Drittel der deutschen Bevölkerung ist heute arm! **Die Geschenke des Staates an die Unternehmen machen den Staat arm und gefährden die Sozialsysteme.** Das ist das Problem, Frau Merkel!



Die Probleme durch Wirtschaftswachstum lösen zu wollen, geht zu Lasten der natürlichen Ressourcen und geht zu Lasten der dritten Welt. Der Widerspruch zwischen arm und reich ist aber auch durch Wirtschaftswachstum nicht zu lösen.

Die Merkel'sche Zukunftsvorsorge baut auf »**unser** starkes Land« auf »**unsere** konkurrenzfähige Wirtschaft. Wir sollen »**unser Land gemeinsam nach vorn bringen**«. Solche Aussagen haben einerseits eine Tendenz zum Nationalismus, andererseits täuschen sie darüber hinweg, daß »**uns**« Welten trennen. Dieses Land ist tief in Oben und Unten gespalten. Die Merkel'sche Zukunftsvorsorge ist eine Vorsorge für die Unternehmen bzw. die Reichen. Die Armen bleiben auf der Strecke!

Was kann man Merkels Brief noch entnehmen? Es geht ihr um bessere Förderung der Familien! Rechnet sie da auch die Bedarfsgemeinschaften dazu? Sie will es den Eltern mit Kindern leichter machen. Bei Fortführung von Hartz IV? Sie will die privaten Haushalte als Arbeitgeber stärken? Das sichert uns eine Perspektive als Hausdiener und Putzen bei den Besserverdienenden!

Das ist Merkels »Mut und Menschlichkeit«, den sie uns zum neuen Jahr wünscht.

Ich wünsche allen Betroffenen »**Mut und Entschlossenheit**«, sich gegen die Politik der von Frau Merkel geführten großen Koalition zur Wehr zu setzen.

UTE FREY, Montagsdemo am 2. Januar

Stoppt die Dienstleistungsrichtlinie

Protestdemo am 11. Februar 2006 in Straßburg

Im Februar wird die erste Lesung der Dienstleistungsrichtlinie (Bolkesteinrichtlinie) im Europäischen Parlament stattfinden. Europa-weit bereiten sich Gewerkschaften und soziale Bewegungen darauf vor, am 11. Februar in Straßburg gegen die Richtlinie zu protestieren. Weitere Aktionen sind am 14. Februar in Straßburg geplant.

Wie bereits auf dem Sozialforum in Erfurt und auf der Aktionskonferenz sozialer Bewegungen in Frankfurt am 19./20. November 2005 diskutiert wurde, lehnen wir die Dienstleistungsrichtlinie und das in ihr verankerte Herkunftslandprinzip ab, da es zu einem Lohn- und Sozialdumping in Europa führen würde.

Wir wollen stattdessen Tarife und Schutzgesetze für alle Beschäftigten. Wir sind für Min-

destlöhne und soziale Standards in ganz Europa. Wir fordern die Abgeordneten im Europäischen Parlament und die Bundesregierung auf, dieser Richtlinie nicht zuzustimmen.

Wir fordern Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter aus allen Gliederungen, Akteure der sozialen Bewegungen und Organisationen auf, Bündnisse aufzubauen mit dem Ziel, die Richtlinie zu Fall zu bringen. Wir wollen die nächsten Wochen für eine intensive Aufklärungskampagne über die Dienstleistungsrichtlinie nutzen, damit eine starke Mobilisierung zustande kommt.

Wir sind gegen die Dienstleistungsrichtlinie, weil wir ein soziales, demokratisches und friedliches Europa wollen.

Versammlung sozialer Bewegungen, Frankfurt/Main, 16. Dezember 2005

Die Eberswalder Montagsdemos



Ein Jahr Widerstand gegen die »soziale Rutschpartie« von Hartz IV und Agenda 2010 dokumentiert in der Barnimer Bürgerpost von August 2004 bis August 2005 und Motive

Teilnehmer erzählen, warum sie seit einem Jahr an jedem Montag auf die Straße gehen

EINE SONDERAUSGABE DER BARNIMER BÜRGERPOST

Langfassung, A4, 60 Seiten = 4,00 Euro
Kurzfassung, A4, 8 Seiten = 0,40 Euro
erhältlich bei der »Eberswalder Montagsdemo« und bei der »Barnimer Bürgerpost«
(Kontakt: Lehnitzseestr. 3, 16227 Eberswalde, Tel.: 03334/356542, Fax: 01805/751112596, eMail: bbp@telita.de)

Ein neues altes Lied

Ein neues altes Lied,
O Freunde, muß ich euch dichten,
Keiner spricht heute mehr davon,
Den Himmel auf Erden zu errichten.

Sie wissen von dem Himmel nichts,
Noch weniger von der Erde,
Sie glauben allen Erdeste, daß
Es täglich besser werde.

Ihr Evangelium ist der Markt,
Der global universelle,
Wo jeder kauft und verkauft und
Sein Geld macht auf die schnelle.

Da, wo es keine Grenzen gibt,
Wo alles einfach da ist,
Wo alles seinen Preis nur hat
Ansonsten schnurzagel ist.

Ihr Evangelium ist der Markt,
Der wirklich grenzenlose,
Der schließlich auch sie selbst
Verschlingt samt ihrer ganzen Chose.

Ihr Ideal, das ist der DAX
Im Börsenteil der Zeitung,
Den studieren sie ganz gründlich,
Manchmal auch voll Verzweiflung.

Sie sind ja ganz auf Hausse gestellt,
Die klugen, treuen Leser,
Sie spüren alles Leid der Welt,
Wenn der Kurs in den Keller fällt,
Die Börsenzeitungsleser.

Das ist dann ein gar garstig Lied,
Von Not und voller Jammer,
Denn bei Bankrott und Insolvenz
Kommt alles unter den Hammer.

Doch rettend naht die Konkurrenz:
»Kommt laßt uns fusionieren,
Wir übernehmen euren Markt,
Es wird sich schon rentieren.

Fusion reimt sich millionenenschwer auf Provision
Wir lassen uns nicht lumpen,
Ziehen unsere Aktien kräftig an,
Können wir uns wieder was pumpen.«

Wenn Unternehmen fusionieren,
Steigt der Profit viel schneller,
Der Kurs schießt in die Höhe und
Die Löhne fallen in den Keller.

Das ist die schöne neue Welt,
Von der das Liedchen singt,
Das jetzt in jeder Zeitung steht,
Uns in den Ohren klinget,

Wenn Nachrichten gesendet werden,
In Radio und TV,
Da gibts den neuesten Börsenbericht,
Der Analysten Zukunftsschau.

Es wuchs das Arbeitslosenheer
Im Osten und im Revier,
Bis sich deren Arbeit wieder lohnt,
Beziehen sie Hartz IV.

Damit sich deren Arbeit lohnt,
Müssen die Löhne sinken
Und die Lohnnebenkosten auch,
Daß neue Profite winken.

Dann sind wir wieder im Paradies
Von Lohn, Preis und Profit,
Da läuft die Konjunktur sich heiß,
Da machen sie ihren Schnitt.

Das ist die unsichtbare Hand,
Von der schon Adam Smith sang,
Sein munteres Lied von Reichtum und Markt –
Warum schaust du so bang?

HARTMUT LINDNER

Mensch sein und arbeiten – Arbeitszeit neu denken (Teil 2):

Für zweifelhaftes Wachstum Opfer bringen?

Seit Jahren reden Politiker von wirtschaftlichem Wachstum. Dafür müßten – so sagen Politiker – Opfer gebracht werden: für die großen Unternehmen Steuernachlässe, sogar für Investitionen im Ausland; für »Arbeitnehmer« Mehrarbeit, sogar unbezahlte Hingabe von Lebenszeit; für »Arbeitnehmer« niedrige Lohnabschlüsse trotz steigender Preise; für Kassenpatienten Praxisgebühr; für Kinder Schulschließungen (anstatt mehr Lehrer); für Eltern Schulweggelder wegen ihrer Kinder – Eltern müssen büßen, weil sie Kinder gezeugt haben (Schulbußgelder); Mittelreduzierung für die Kultur, ja selbst für Museen (in denen unsere stolze Geschichte dokumentiert ist); Abstriche an der Sozial- und Jugendfürsorge. Nur bei Gefängnissen – so glaubt man – darf man keine Abstriche machen, denn die Kriminalität entwickelt sich. Alles wegen Wachstum?

Doch was ist denn mit dem Wachstum?

Jahrelang lag die Zuwachsquote der deutschen Wirtschaft bei 2 Prozent. Trotzdem blieb die Erwerbslosigkeit der Arbeitsfähigen nahe 10 Prozent. Dann lag die Wachstums-Quote noch immer bei 1 Prozent, die Erwerbslosigkeit stieg um ca. 10 Prozent. Von allen Arbeitsfähigen sind offiziell über 11 Prozent erwerbslos, aber »Nürnberg hat sich schön gerechnet« – tatsächlich sind es 16 % oder 7,2 Millionen. Das ist doch klar: Unternehmer – ob »Heuschrecken« (Müntefering) oder solide Geschäftsleute, ob sie wollen oder nicht – rationalisieren müssen sie immer. Und danach selbstredend die eingesparten Arbeitskräfte entlassen. Auch wenn das Wachstum bei 2 % liegt.

Neun Forschungseinrichtungen der Euro-Zone erwarteten für 2003 und 2004 Wirtschaftswachstum von 1,6 bzw. 1,9 Prozent, zugleich aber einen Anstieg der Arbeitslosigkeit um 0,1 bzw. 0,3 Prozentpunkte (ND, 30.11.2002). Im Juli 2003 wurde in Verarbeitendem Gewerbe und Bergbau 2,3 % mehr Umsatz mit 2,6 % weniger Beschäftigten als im Vorjahresmonat erzielt (ND 17.9.2003). Mit Blick auf 2004 meinte IW-Geschäftsführer Kroker: Von je 100 befragten Unternehmen erwarteten 41

Produktionssteigerung und 34 Gewinnsteigerung, zugleich aber 35 Beschäftigungsabnahme (MOZ, 6.11.2003). »Die deutsche Exportwirtschaft hat 2003 trotz der Euro-Aufwertung einen Rekord erzielt« (MOZ, 12.2.2004).

Doch die Arbeitslosigkeit blieb. Schon seit vielen Jahren – mit jedem Jahre steigt die Lüge höher: »Die Erde ist eine Scheibe. Schweine können fliegen. Agenda 2010 schafft Arbeitsplätze.« (IGM-Vertrauensleute in Hamburg). Außer daß die Lüge höher stieg, hat sich seit Jahren nichts geändert. Das ist mit Hunderten öffentlichen Informationen belegbar. Es ist mir zu langweilig, das Offensichtliche mit Schwärmen von Meldungen zu belegen. Stellvertretend Zeilen aus einer gewöhnlichen Tageszeitung am 31. März 2005: »Zum zweiten Mal in Folge senkten die Bürger ihre Erwartungen an die Konjunkturentwicklung und die Entwicklung ihrer persönlichen Einkommen Zu sehr zeigen sich die Konsumenten verunsichert von der desolaten Lage am Arbeitsmarkt Die Arbeitslosigkeit und die Angst davor ist das Top-Thema Denn auch gute Gewinne schützen die Beschäftigten nicht vor einem Verlust ihres Arbeitsplatzes« (MOZ). Die ARD sendete am 31. März 2005 spät abends (22.30 Uhr): »Wie für Rekordgewinne Arbeitsplätze vernichtet werden«. Die Linken wissen das längst, aber sie sind jetzt eingeholt von vielen Medien und müssen sich etwas Neues einfallen lassen: Vorwärts – vom Klagen zu Alternativen.

Das einzige, was sich geändert hat in den letzten Jahren: Die Absicherung der Erwerbslosen ist durch Hartz IV zum Skandal geworden. Die Erwerbslosen werden verdächtigt, zu bequem zu sein zum Arbeiten, man müsse sie »fordern« und notfalls aus der Wohnung ausweisen. Unsere Verfassung, das Grundgesetz (GG) wurde vom Bundestag unterlaufen, und die Dauer des Elends ist gewachsen.

Dr. RAINER THIEL

nächsten Monat Teil 3: »Geschäfte mit der Wachstumslüge«

Eberswalder Montagsdemo zum Neujahrsempfang der Stadt Eberswalde

Am 6. Januar findet wie in jedem Jahr der Neujahrsempfang der Stadt Eberswalde statt. Dazu stellen wir folgende Fragen:

* Die Stadt hat Millionen Euro Schulden und muß ihr Tafelsilber (z.B. Stadtwerke) verscherbeln, um nicht unter Zwangsverwaltung zu kommen. Warum spart sie sich dann nicht den Neujahrsempfang? Gehört der zu den »Pflichtaufgaben«?

* Wenn, wie in Vorjahren der Neujahrsempfang aus Spenden finanziert wird, warum werden dann die Spenden nicht besser verwendet, wie z.B. für das Brandenburgische Konzertorchester oder die Suppenküche?

* Geladen sind zum Neujahrsempfang die oberen Tausend der Stadt. Können diese die Kosten des Empfanges nicht selbst tragen, zumal sie auch die Nutznießer des Empfanges sind?

* Haben die Stadtverordneten über die Durchführung des Neujahrsempfanges entschieden? Kannten sie keinen besseren Verwendungszweck für die Mittel?

* Warum sind zum Neujahrsempfang keine Vertreter der Eberswalder Montagsdemo eingeladen worden?

Ein Jahr ökologische Sozialisten

Jahresrückblick 2005 der AG Umwelt bei der Linkspartei.PDS Barnim

Was hat die Linkspartei nicht alles umweltfreundliches in ihrem Programm stehen... Vom »ökologischen Umbau der Gesellschaft« und von »regionalen Wertschöpfungsketten« ist die Rede. Trotzdem wird die Partei mit Windrädern und Rotbauchunken genauso oft in Verbindung gebracht, wie der BDI mit dem Kyoto-Protokoll. Doch auch in der Linkspartei gibt es Rote mit einem grünen Herzen. Diese schlossen sich im Barnim Anfang Januar 2005 als AG Umwelt bei der Linkspartei.PDS Barnim (kurz AGU) zusammen.

Die vier Gründungsmitglieder gingen dabei von dem Grundsatz aus, »Sozialismus ist ökologisch oder es ist kein Sozialismus« und stellten somit die Verbindung von Ressourcenzugang und -besitz in den Fokus ihrer Arbeit. Im April 2005 wurden die acht Thesen der AGU veröffentlicht, um weitere MitstreiterInnen zur Mitarbeit bewegen zu können. Dabei möchte die AGU bewußt nicht im eigenen PDS-Saft schwören, sondern hält einerseits die Mitgliedschaft in der AGU für Nicht-PDS-Mitglieder offen und versucht andererseits gezielt mit anderen gesellschaftlichen Akteuren zusammen zu arbeiten. Erste Gespräche gab es z.B. mit Studenten der Fachhochschule Eberswalde, dem Nabu Eberswalde, dem BUND Eberswalde und dem Energiesparkontor Eberswalde.

Themen der AGU

Ganz oben auf der »Beliebtheitsskala« landete das Thema Agro-Gentechnik. Diesem widmete sich die AGU bis zur Sommerpause und brachte neben einigen Zeitungsartikeln einen Antrag in die StVV Eberswalde ein. Überraschenderweise wurde dieser Antrag nicht nur von der eigenen Fraktion willkommen geheißen, sondern fand ebenso unter den Abgeordneten eine Mehrheit, so daß Eberswalde nun nach Leipzig die zweite ostdeutsche Kommune ist, welche sich selbst als gentechnikfreie Kommune bezeichnet. Desweiteren werden alle Landwirte durch die StVV aufgefordert, sich zur gentechnikfreien Produktion zu bekennen und sich der Gentechnikfreien Zone Uckermark-Barnim anzuschließen.

Diese Initiative brachte freudige Zuschriften und Lob aus ganz Deutschland. Schließlich war dieser Antrag nicht, wie in vielen anderen Kommunen, von den Grünen gekommen – und dann auch oftmals wegen Gegenstimmen von PDS-Abgeordneten gescheitert – sondern von einer Partei, welche man bisher nicht in der grünen Ecke vermutete.

Doch die AGU kümmerte sich nicht nur um Monsanto & Co (größter Produzent von gentechnisch verändertem Saatgut). Weitere spannende Themen wollten bearbeitet werden: Feinstaubbelastung, Effektive Mikroorganismen, Permakultur, Streusalz und Verkehrskonzepte. Die Mitglieder der AGU verstehen

ihre Arbeit diesbezüglich als Unterstützung für die Linkspartei-Fraktionen und -Gruppen im Landkreis Barnim und freuten sich daher, als der Eberswalder Stadtvorstand mit zwei konkreten Anfragen zum Flugplatz Finow und zur Telekomstraße anklopfte.

Neben den Diskussionen und der Vernetzung stand auch ein etwas praktischerer Teil auf dem Programm. Mitte September gab es eine von der AGU veranstaltete Exkursion in den Permakulturgarten von Eberswalde. Dort konnten Einblicke in komplexe landwirtschaftliche Zusammenhänge gewonnen werden.

Zum Ende des Jahres – als es draußen anfang kalt und ungemütlich zu werden – kam folgerichtig das Thema »Streusalz« auf die Tagesordnung. Es gelang der AGU, den anerkannten Experten auf diesem Gebiet Rudolf Behm für eine Zusammenarbeit zu gewinnen. Zudem konnten Verbindungen zu den Eberswalder Basisgruppen des Nabu und des BUND geknüpft werden. Im Mittelpunkt der gemeinsamen Aktivitäten zum Thema »Streusalz« steht eine umfassende und vielfältige Öffentlichkeitsarbeit. Erste Presseartikel erschienen in der Dezemberausgabe der Barnimer Bürgerpost. Leserbriefe an die lokale Tageszeitung (Märkische Oderzeitung) wurden bisher leider nicht abgedruckt.

Quo vadis AGU?

Nach einem Jahr kann die AGU schon reichlich Inhalte und Erfolge (Gentechnikantrag angenommen, an die 20 Zeitungsartikel geschrieben) vorweisen. Im nächsten Jahr soll daran natürlich angeknüpft werden. Beispielsweise wird das Thema Agro-Gentechnik wieder eine große Rolle spielen.

Ein größerer Kreis von aktiven Mitstreitern – und vor allem auch Mitstreiterinnen, denn diese gesellten sich bisher leider noch nicht dazu – ist eins der Ziele für das Jahr 2006. Desweiteren sollen geknüpfte Beziehungen intensiviert und mehr über den Bereich Eberswalde hinaus gearbeitet werden. Schließlich versteht sich die AGU als Kreis-AG und möchte dementsprechend auch im ganzen Barnim aktiv werden.

Kontakt zur AGU

Haben Sie auch ein grünes Herz, obwohl Sie ein Roter sind? Dann fühlen Sie sich bei uns sicherlich gut aufgehoben. Kommen Sie doch einfach mal vorbei!

CHRISTIAN REHMER, AGU

Weitere Infos bei Chr. Rehmer: 03334/387628 oder Christian.Rehmer@[web.de



Bauern im Würgegriff

2005 war für die Landwirtschaft in Brandenburg ein ereignisreiches Jahr. Im Frühjahr kündigte der regionale Saatguthändler MÄRKA in Eberswalde an, allen Bauern die genmanipulierten Mais anbauen wollen, den Genmais und den konventionellen Mais zum Einheitspreis abzukaufen. Hintergrund war die berechtigte Furcht vieler Bauern, wenn sie Genmais im Oderbruch anbauen, für die Verseuchung benachbarter Maisfelder Entschädigung zahlen zu müssen. Diese Haftungsregelung schreibt das neue Gentechnikgesetz vor. Im Verein mit dem internationalen Saatgutmulti Monsanto hoffte MÄRKA, den Bauern die Scheu vor dem neuen in Nordamerika schon weit verbreiteten Genmais zu nehmen. Doch statt der vorgesehenen 300 Tonnen Genmaissaatgut säten die Bauern im Oderbruch nur knapp 140 Tonnen aus. Dafür sorgte sowohl der dörfliche Widerstand wie auch zahlreiche Aktivitäten des Aktionsbündnisses »Gentechnikfreie Landwirtschaft Berlin- Brandenburg«.

Im September stand dann die kleine Ortschaft Hohenstein bei Strausberg im Mittelpunkt des bundesdeutschen Medieninteresses. Hier hatte der Bauer Piprek, trotz erheblichen Widerspruchs seitens seiner Nachbarn, 40 ha Genmais mit Unterstützung von Monsanto und Märka angepflanzt. Das rief die Initiative »Gendreck-Weg« auf den Plan. Anfang September konnte nur ein riesiges Polizeiaufgebot deren öffentliche Ernteaktion verhindern. Seitdem ist der Genmais in aller Munde. Brandenburg hat einerseits die höchste Konzentration von Biobauern in der BRD, aber andererseits zerstört der Maiszümler im Oderbruch jedes Jahr einen erheblichen Teil der Maisernte. Der Monsanto-Konzern wiederum verspricht den Bauern deutlich höhere Erträge, wenn sie den Monsanto-Genmais anbauen.

Auf EU-Ebene ist Anfang Dezember der Monsanto-Genmais MO 810 unbeschränkt zugelassen worden. Obwohl angjährige Untersuchungen in den USA und in Kanada zeigen, daß ein Nebeneinander von normalem Mais und gentechnisch verändertem Mais nicht möglich ist. Zudem stieg die Abhängigkeit der Farmer von den Saatgutmultis erheblich. Auf lange Sicht, so die Studie, verdrängt der Genmais die konventionellen Sorten. Das bedroht sowohl die Biobauern wie die konventionellen Bauern in der Umgebung.

Auf einer Veranstaltung an der Fachhochschule Eberswalde am 11. Januar soll diese Problematik ausführlich erörtert werden (Seite 16). Prof. Groeneveld referiert über die zunehmende Abhängigkeit der bäuerlichen Landwirtschaft von der Saatgutindustrie, zwei Bauern aus der Region berichten über den wachsenden Einfluß von Monsanto und die Auseinandersetzungen über den Zwang der Bauern, für sämtliches Saatgut Nachbaugebühren zu zahlen.

HAUKE BENNER,

Barnimer Aktionsbündnis gegen Gentechnik

Eberswalde (ekb). Auf der Tagesordnung der Beratung des Vereins Energiesparkontor Barnim (EKB) am 30. November standen Informationen zu den Auswirkungen des Koalitionsvertrages auf die weitere Nutzung alternativer Energien und über eine Beratung in der Heinrich-Böll-Stiftung. Desweiteren informierte Frau Fleischmann über den aktuellen Stand des Projektes BARUM 111. Die beteiligten Landkreise wollen sich kurzfristig über ein Strategiepapier einigen, das derzeit in der Diskussion ist. Im Februar plant der EKB dazu eine Strategieberatung mit dem Landrat Barnim. Positive Auswirkungen sind von dem kürzlich an der Eberswalder Fachhochschule gegründeten Institut für erneuerbare Energien zu erwarten. Über den Stand des Baues des 20-MW-Holzkraftwerkes auf dem Hafengelände in

Energiesparkontor Barnim e.V.:

Informationen zur Alternativenergie

Eberswalde informierte Herr Sasse von der Gesellschaft für Umwelteßtechnik und Analytik. Es werden ca. 180.000 Tonnen Holz aus einem Umkreis von 70 km benötigt. Lieferverträge werden über 15 Jahre abgeschlossen. Bisher gibt es allerdings noch keine Wärmebedarfsanforderungen. In Klosterfelde ist geplant eine Pelletieranlage zum Holzheizwerk aufzubauen. Herr Sasse machte außerdem eine neue Vereinsgründung bekannt. Vorbild des »Eiche e.V.« ist das Holz- und Energiezentrum Olsberg im Sauerland. Es ist geplant am Sitz des Waldsolarheims in Eberswalde ein Ausstellungszentrum für Holzheizungen und ein Beratungszentrum zu errichten. Zu einer der Nächsten Beratungen des Energiesparkontors soll der Geschäftsführer des Holzheizwerkes eingeladen werden. Diese Veranstaltung soll gemeinsam mit dem »Eiche e.V.« stattfinden.

Die Vereinsmitglieder verständigten sich auch über die Aktivitäten des Jahres 2006. Im Mittelpunkt stehen werden der Tag der erneuerbaren Energien, die Weiterführung von BARUM 111, die Einführung des Energiepasses, sowie die Themen Gebäudesanierungen und Biomassenutzung. Die nächste Zusammenkunft des Energiesparkontors findet am 26. Januar um 18 Uhr statt.

Die Vereinsmitglieder verständigten sich auch über die Aktivitäten des Jahres 2006. Im Mittelpunkt stehen werden der Tag der erneuerbaren Energien, die Weiterführung von BARUM 111, die Einführung des Energiepasses, sowie die Themen Gebäudesanierungen und Biomassenutzung. Die nächste Zusammenkunft des Energiesparkontors findet am 26. Januar um 18 Uhr statt.

Wittstock (ekb/bbp). Auf dem ersten Biogas-Stammtisch auf dem Bioenergiehof der Agrar-GbR Wittstock in der Uckermark kamen wichtige Fragen der Planung und Genehmigung von Biogasanlagen zur Sprache. Die Gesprächsteilnehmer, zu denen neben dem Prenzlauer Bürgermeister und Herstellern von Biogasanlagen zahlreiche Landwirte der Region gehörten, favorisieren den Bau vieler kleiner dezentraler Anlagen. Die Einspeisung des Biogases in ein Gasnetz könnte die Nutzung des Gases dort sichern, wo Wärme und Strom gebraucht werden und würde dem Landwirt die Anschaffung eines BHKW ersparen. In Finsterwalde beispielsweise ist die Einspeisung von Biogas in das Gasnetz der Stadtwerke geplant. Dies sollte auch für die Stadtwerke Prenzlau erwogen werden. Es sollte nicht nur der Gewinn durch den Stromverkauf betrachtet werden, sondern auch die Gewinnung von Treibstoff, was sich aufgrund der steigenden Benzinpreise bald lohnen wird. Dafür muß das Biogas aber auf die Qualität von Erdgas gebracht werden. Für die Nutzung von Biogas als Treibstoff oder als Stadtgas sind noch einige technische und betriebswirtschaftliche Probleme zu lösen. In Schwedt ist bereits der Bau einer Gaswäsche-Anlage in Planung. Zu Fragen der verschiedenen Verfahren der Gaswäsche ist eine Veranstaltung mit einem Spezialisten vorgesehen.

Als problematisch wurde in der Stammtischdiskussion die Praxis der Netzbetreiber dargestellt. Befürchtet wird, daß schon bald BHKWs abgeschaltet werden müssen, da die Netze der Stromanbieter voll sind. Allerdings ist die Kapazität z.B. der Netze der Edis und deren Auslastung nicht öffentlich bekannt. Die Edis will sich den Ausbau der Netze von der Allgemeinheit bezahlen lassen, obwohl das EEG den notwendigen Ausbau der Netze durch den Stromanbieter vorschreibt.

Ein weiterer Diskussionspunkt war die Finanzierung der Biogasanlagen. Die Banken finanzieren so eine Anlage, wenn der Landwirt 20 Prozent Eigenkapital nachweisen kann. Für dieses »Eigenkapital« sind viele Landwirte auf Fördergelder angewiesen. Gerd Hampel (Clu-

Biogas-Stammtisch:

Unabhängig von Erdgasimporten

ster Biogas ENOB, Fachverband Biogas, BfK Büro für Kommunalberatung und Projektsteuerung), der schon sehr viele Erfahrungen in Sachen Finanzierung und Förderung gesammelt hat, bot an, interessierte Landwirten in diesen Fragen zu beraten.

Ein Problem besteht in der Uckermark bei der Genehmigung von Biogasanlagen. Die Anträge zum Bau von kleinen Biogasanlagen werden häufig sehr langsam bearbeitet, ebenso die Anträge für Fördermittel. Ein Grund könnte die Unkenntnis der rechtlichen Rahmenbedingungen sein bzw. die verschiedene Auslegbarkeit der Gesetze (den Begriff Biogasanlage gibt es z.B. gar nicht im Baugesetzbuch). Große Hürden für den Bau von Biogasanlagen würden paradoxerweise auch vom Umweltschutz errichtet, z.B. in Biosphärenreservaten. Ebenso paradox: Einige gesetzliche Regelungen schließen sich gegenseitig aus, z.B. die Privilegierung des Baus im Außenbereich für Landwirte und die geforderte Gründung einer gesonderten Firma für den Betrieb des BHKW.

Als weiteres Problem wurde angesprochen, daß im Genehmigungsprozeß alle Anträge parallel gestellt werden müssen. Aufgrund der Schwierigkeiten in der Genehmigungspraxis behindern sich die unterschiedlichen Verfahren gegenseitig. So kommt es zu Verzögerungen, wodurch manche Landwirte schon finanzielle Risiken bis zu einer Höhe von ca. 27.000 Euro in Kauf nehmen mußten. Zahlreiche weitere bürokratische Hürden wurden angesprochen. Allerdings gibt es auch andere Erfahrungen. Herr Döbler von der Industrieplanung Schwedt Consult GmbH (IPSC) hat beim Genehmigungsverfahren in Neuruppin nur gute Erfahrungen gemacht.

Positive Zeichen gibt es auch seitens des Landes. Beim MLUR wurde eine Stabsstelle für Genehmigungsfragen eingerichtet, die u.a. Definitionsprobleme klären soll. Beispielsweise hat die Stabsstelle bereits einen Erlaß heraus-

gegeben, nach dem das Substrat, das bei der Vergärung von Gülle entsteht, als Wirtschaftsdünger und nicht als Abfall angesehen wird. Darüberhinaus hat die Clusterinitiative Energie Nord-Ost-Brandenburg (ENOB) einen Prozeß der Qualifizierung der uckermärkischen Verwaltung angestoßen, der u.a. die Bereiche Baurecht und Immissionsschutz umfaßt. Dieser Prozeß soll bis zum Frühjahr 2006 abgeschlossen sein. Dabei soll in Zusammenarbeit mit Betreibern von Biogasanlagen ein Leitfaden für Genehmigungsverfahren entstehen. Dieser Leitfaden soll es dann der Verwaltung ermöglichen, ein Genehmigungsverfahren innerhalb von drei Monaten problemlos abzuschließen. Darüberhinaus soll ein Forderungskatalog für verschiedene Adressaten Landkreis, Ministerium in Potsdam, Bundesministerium und die Energieversorger erarbeitet werden.

Thema auf dem Biogasstammtisch war auch das Konzept »Brandenburger Energiepfade«, das im Auftrag des Clusters Biogas erstellt wurde und das die Bioenergiehöfe, Produktionsstandorte erneuerbarer Energie im Landkreis Uckermark zu Zielen eines bildungs- und fachtouristischen Angebotes machen soll.

Der nächste Biogas-Stammtisch findet am 25. Januar um 17 Uhr auf dem Bioenergiehof in Kerkow, Speichergaststätte, statt. Als Themen sind u.a. vorgesehen: Vorstellung des Finanzierungsmodells für Biogasanlagen der Enertrag AG, Stand der Baugenehmigungen, Vorstellung des Forderungskataloges. Als künftige Themen wurden vorgeschlagen: Informationen zur Gasanalyse, zu verschiedenen Verfahren der Gaswäsche sowie die Vorstellung des Betriebstagebuchs: Was sollte und was muß in diesem Tagebuch erfasst werden (Gasmenge, kWh,...). Die Daten sollen zukünftig an der FH Eberswalde gesammelt und ausgewertet werden, um allen Anlagenbetreibern die Erfahrungen zur Verfügung zu stellen und die Optimierung des Betriebs zu ermöglichen.

ÖPP – Das neue Wirtschaftswunder?

Ein Rüstzeug für die parlamentarische Arbeit und für Jedermann (Teil 1)

Das Jahr 2006 wird die Bürgerbewegungen und -initiativen nicht mit Konfrontationen auf den sozial- und wirtschaftspolitischen Gebieten verschonen. Dafür sorgen nicht nur die neue Bundesregierung, sondern auch die mächtigen Wirtschafts- und Finanzunternehmen, die das ihre dazu beitragen, die sozialen Spannungen weiter zu vergrößern, statt sie zu mindern. Hinzu kommen noch die Heerscharen von Beratern, die auf das Abzocken von noch nicht erschlossenen und verdeckten Geldquellen des öffentlichen Dienstes bedacht sind und dafür genügend Freifelder in den Ämtern, Verwaltungen und leider auch Kommunalvertretungen finden. Unter dem schön klingenden Namen Öffentlich-Private Partnerschaft (ÖPP) verbirgt sich eine der hinterhältigsten Methoden, den Kommunen und damit den Steuerzahlern das Geld bis zum Ruin aus den Taschen zu ziehen.

ÖPP (engl.:PPP) das ist die verschleierte Theorie zur Enteignung des Staates zugunsten einer langfristig gesicherten Geldquelle für einen privaten Unternehmer.

Um zu verstehen, wie das Zustandekommen solcher »Partnerschaften« funktioniert, muß man in das System einsteigen. Es wird in Schritten umgesetzt, die von den Beratern – und willigen Helfern in der Politik – auch ganz offen dargestellt werden. So sicher ist man sich der korrumpierenden Wirkung des Systems auf die politischen »Entscheidungssträger«.

1. Verkündung der Botschaft:

Eine durch finanzielle Schwierigkeiten, wie vom Fieber geschüttelte kommunale Einrichtung hat ein scheinbar unlösbares Problem (z.B.: Sanierung, Instandhaltung, Modernisierung o.ä.). Das wird von den cleveren unbelasteten, gut ausgebildeten Beratern erspäht und aufgegriffen. Den Verantwortlichen der betreffenden Verwaltung wird ein großzügiges Lösungskonzept (Kreditgeschäft) vorgeschlagen, in deren Folge eine sofortige schnelle Erledigung des leidlichen Problems erfolgen kann. Als Beispiel könnte die auf mehr als 50 Jahre angelegte Rückzahlung der Anfang der 90er Jahre aufgenommenen Kredite für Wasser/Abwasser durch überhöhte Gebühren und Beiträge dienen. Dem ZWA ist es aus gesetzlichen Gründen kaum anders möglich, aus der totalen Überschuldung bei den Banken herauszukommen. Hier könnte ein finanzkräftiger privater Anbieter kommen und sofortige Erledigung (Rückzahlung der Kredite incl. Sanierung des Rohrleitungssystems) bei Abschluß eines langfristigen Vertrages versprechen.

2. Die Grundsatzentscheidung:

Diese schwierigste Phase für den Berater beinhaltet, den wenigen Entscheidungsträgern die Wirtschaftlichkeit des ÖPP-Modells vorzugaukeln. Dazu gehört, daß man »den Bock zum Gärtner macht«. Der Bock das sind die Financer in der öffentlichen Einrichtung. Ihr Blick ist auf die finanziellen Aspekte gerichtet.

Diese »Implementierungsphase« sei notwendig, so die Berater, damit die ÖPP eine starke Unterstützung durch die politische Führung erfährt. Dadurch werden gewissenhafte Beamte und Angestellte isoliert, die diese »ungewöhnlichen Wege der Beschaffung« rechtzeitig und breit kritisieren könnten. Die Berater behaupten frech, das Projekt koste dem Staat 20

Prozent weniger als die konventionelle Beschaffung und Bewirtschaftung. Eine erstaunliche Feststellung, wenn man bedenkt, daß die Privaten, die das Projekt übernehmen, ihre Kredite doch erheblich teurer aufnehmen müssen, als es die öffentlich rechtlichen Einrichtungen können, d.h., die Banken verdienen also mehr. Aber auch noch weitere Interessenten strecken ihre Finger dabei nach der »Staatsknete« aus: Der Generalauftragnehmer, zahlreiche Rechtsanwälte, Steuerberater, Wirtschaftsprüfer, Versicherungen, Vergabeverfahrensexperten für gemischtwirtschaftliche Gesellschaften, die Berater (nicht zu vergessen!). So viele und vielleicht noch mehr, sind erforderlich, weil die rechtliche Konstruktion der ÖPP kompliziert ist. Jede Leistung muß erfaßt, jedes Risiko »eingepreist« werden.

Wie sollen diese zusätzlichen enormen Kosten finanziert werden, wo es doch darüber hinaus noch zu 20 Prozent Kostenersparnis kommen soll? Nun, einmal bei den kleinen Handwerkern und deren Beschäftigten, die durch private Firmen als Subunternehmer besser erpreßt werden können als durch staatlicher Bauämter. Zum anderen sollen durch effizientere Bewirtschaftung Kosten »eingespart« werden. Weitere konkrete Aussagen, warum ÖPP-Projekte »am Schluß des Lebenszyklus des Projektes« 10 bis 20 Prozent billiger sein sollen, bleibt zunächst das Geheimnis der Berater.

Dieses Dilemma haben auch die Berater erkannt und verwenden für diese Phase sehr viel List: Um die Grundsatzentscheidung für das ÖPP-Projekt zu bekommen, wird die Kommune zunächst in Zugzwang gesetzt. Die Verwaltung selbst soll kurzfristig Rahmendaten zur Verfügung stellen, wie: Eckpunkte des sich an die demographische Entwicklung anpassenden Wasser/Abwasserkonzeptes, baulicher Handlungsbedarf, Höhe der Bewirtschaftungskosten, Sanierungsstau bei bestehenden Anlagen sowie Vermögensbilanz (das alles und mehr soll die Verwaltung bereitstellen, ohne einen Cent dafür zu bekommen; eine Offenbarung des Geschäfts!).

Daraus erarbeiten die Berater dann die grundsätzlichen Projektziele sowie die wesentlichen Informationen und Daten zum Handlungsrahmen, um diesen der Kommune (gemeint ist der o.g. enge Kreis) aufzubereiten, denn – so die Berater – in diesem Stadium sind kritische Fragen zu erwarten. Mit den Daten wird ein über 20 bis 30 Jahre währende »Le-

benszyklus« über den zu bewirtschaftenden Betrieb konstruiert. Dieser gesamte virtuelle Lebenszyklus soll dann – auf der Grundlage einer Berechnung nach der Barwertmethode – angeblich 10 bis 20 Prozent billiger sein. In 30 Jahren kann das dann verifiziert werden. (Die Politiker, die das abnicken, dürften bis dahin das Zeitliche gesegnet haben oder zumindest ihren »wohlverdienten« Ruhestand genießen).

Die grundsätzliche Kritik an diesen Modellen geht davon aus, daß hier nichts anderes als Planwirtschaft betrieben wird. Allerdings nicht vom Staat, sondern von der Privatwirtschaft! Auf der Grundlage gleicher Datenerhebungen ist der Staat bereits mit 5-Jahrplänen gescheitert. Jetzt maßt sich die Privatwirtschaft an, Dreißigjahrespläne zu erstellen.

Und wer ist Gewinner? Zu allererst die Berater! Sie kassieren sofort und machen sich dann aus dem Staub! Desweiteren fahren die Privatunternehmen ihre Gewinne ein, die ihnen der Staat vertraglich über die gesamte Vertragslaufzeit garantiert, wobei keineswegs sicher ist, ob nach so vielen Jahren das ÖPP-Objekt noch notwendig und brauchbar ist. Die Berater drücken es charmant so aus: der Staat verliert die Freiheit, seine Objekte vernachlässigen zu können. Was man nicht sagt ist, daß die öffentliche Hand dann für andere Aufgaben kein Geld mehr hat und diese vernachlässigen muß. Dort geht es dann allerdings nicht um Objekte, sondern um Menschen. Aber um die geht es den Beratern nun wirklich nicht.

Am Ende dieser Phase steht der Grundsatzbeschuß, der lautet: Untersuchung und Verfolgung von Alternativen, Beschaffung weiterer Daten, die vorhandenen durch Heranziehung von Vergleichen und Standards überprüfen, um die angestrebte Entscheidung besser fundieren zu können. Diese Phase wird für die Kommune schon richtig teuer; denn der Grundsatzbeschuß ist ein Kuckucksei. Er gaukelt vor, daß Alternativen geprüft werden und man sich noch nicht festgelegt habe. Damit macht man die Politiker glauben, sie hätten noch Entscheidungsfreiheiten. In Wahrheit ist das nicht der Fall!

HELMUT BRAUNSCHWEIG, AfW

Fortsetzung folgt

Anmerkung: Diese Ausarbeitung enthält wesentliche Teile eines Vortrages von G. Schermer auf der Versammlung des Vereins »Wasser-in-Bürgerhand« am 4. November 2005 in Berlin

Deutschland einig Vaterland

Betrachtungen und Erinnerungen zu einem schwierigen Thema (Teil 4 und Schluß)

von Rolf Richter

Schwierig ist das hema Einheit in Deutschland immer gewesen. Nach einem kurzen geschichtlichen Rückblick bis ins 19. Jahrhundert im ersten Teil schilderte Rolf Richter seine Sicht auf die Geschichte der Teilung Deutschlands anhand eigenem Erlebens: Bombenkrieg und Flucht aufs Land, Teilung des Landes in Besatzungszonen, die am westdeutschen Separatismus scheiternden Bemühungen um die Einheit Deutschlands (1946: SED-Verfassungsentwurf, 1952: Stalin-Noten), die dennoch auf persönlicher Ebene weiterbestehenden deutsch-deutschen Beziehungen, die Arroganz des westdeutschen Alleinvertretungsanspruchs, die merkbare ökonomische Konsolidierung der DDR nach dem Mauerbau...

Die Jahre 1967/68 waren aufregend genug. Nicht nur wegen der Intervention in der Tschechoslowakei, an die heute viele zuerst denken. Da waren der eskalierende Vietnamkrieg, der Nahostkrieg, die Bürgerrechtsbewegung in den USA, die Morde an Martin Luther King und Robert Kennedy, die militante Studentenbewegung in den USA, Frankreich und der Bundesrepublik. Endlich kam mit Brandts Ostpolitik auch Bewegung in die deutsche Frage, bis die DDR schließlich nach den Verträgen von Warschau und Moskau und dem Grundlagenvertrag die internationale Anerkennung erreichte. Adenauers Politik schien gescheitert, der »Alleinvertretungsanspruch« ließ sich einfach nicht mehr aufrecht erhalten. Die internationale Situation der DDR schien komfortabel genug, wenn auch die wichtige Frage der Anerkennung der Staatsbürgerschaft nicht gelöst war. Die Abgrenzungspolitik führte nun nicht nur zur formellen Aufgabe des Vereinigungszieles und zu der umstrittenen These von der »sozialistischen Nation«. Unverständlich war die strikte Selbstisolierung der DDR, die bizarre Blüten trieb. In den Sechzigern hatte ich problemlos an internationalen Fachtagungen teilgenommen. Nun wurde das ein Privileg für wenige, ja, man brauchte selbst eine Genehmigung, um westliche Fachliteratur zu lesen! Der wissenschaftlichen Forschung wurde die Atemluft genommen. Die neue Stabilität durch die kontrollierte Grenze führte nicht zu liberaleren Reisemöglichkeiten. Die Demokratiedefizite im Innern blieben bestehen und wurden eher noch größer.

Die Opposition der achtziger Jahre sah die Einheit nicht als Ziel an, weil das für alle völlig unrealistisch schien. Die Willkür bei staatlichen Maßnahmen – z.B. bei dem Vorgehen gegen »Schwerter zu Pflugscharen« oder bei Entscheidungen über »Westreisen« – warb ihr Sympathien, obwohl nicht klar war, wer da welche Ziele verfolgte. Auch der unstrittige psychologische Erfolg der DDR im Kampf gegen die Raketenstationierung wurde so gemindert.

In den späten achtziger Jahren gaben mir zwei Erscheinungen zu denken, die ich nicht sofort einordnen konnte. Da war zum einen eine fachlich zweifelhafte Aufwertung der Architektur der historistischen »Neo«-Stile durch DDR-Architekten, die sich damals der Sanie-

rung der Innenstädte zuwandten. Das war eine verklärende Rückwendung zur wilhelminischen Vergangenheit, ein offensichtlicher Bruch mit der Moderne, die das architektonische Denken des 20. Jahrhunderts geprägt hat. Ich empfand sie daher als eine Parallele zur konservativen »Wende« in den westlichen Ländern. Zum anderen wandte sich Italiens Ministerpräsident Andreotti etwa 1988 unvermittelt sehr heftig gegen ein angebliches Wiedererleben des Pangermanismus. Ich fand das damals nicht nachvollziehbar. Heute kann man aber vermuten, daß er frühzeitig Signale über Entwicklungen registriert hatte, die zwischen Washington, Bonn und Moskau bereits im Gange waren. Die Geschichtsdiskussionen der Gorbatschow-Ära mit ihrer verblüffenden Umkehr der Begriffe »rechts-links« und »Reformer-Konservative« machten bald deutlich, daß da gut geplante Kampagnen liefen, deren Ziel nicht mehr Kritik am Sozialismus und dessen Erneuerung (wie die naiven unter unseren DDR-Oppositionellen glaubten), sondern seine Abschaffung war.

Eingangs habe ich von »Annexion« der DDR gesprochen. Die Zeiten hatten sich allerdings gewandelt. Die deutsche herrschende Klasse hatte gelernt und ihre Methoden verfeinert. 1866 wurde Hannover militärisch besiegt und besetzt. 1938 war das beim Anschluß Österreichs nicht nötig. Als die Wehrmacht einmarschierte, fand sie keinen Widerstand. Die staatstragenden Gruppen der Republik Österreich wurden unblutig geschlagen. Dafür genügte ihre Isolierung vom verbündeten Italien und eine geschickte Propagandakampagne (siehe R. Koerner »So haben sie es damals gemacht«, Wien 1958). Im Falle der DDR standen gegenüber 1938 noch wirksamere Mittel zur Massenbeeinflussung (Fernsehen) und reichere ökonomische Möglichkeiten der Massenkorrumpierung zur Verfügung. Niederhaltung bzw. Austausch der bisherigen Eliten und Aufzwingen des eigenen politischen Systems war jeweils Merkmal der planmäßig betriebenen Annexion. Das Geheimnis des Erfolgs lag u.a. darin, die betroffene Bevölkerung darüber hinwegzutäuschen, daß sie keinerlei gestalten- den Einfluß auf die Vereinigung hatte.

Nach Wiederherstellung des einheitlichen kapitalistischen Deutschlands bleibt die Frage nach dem Platz des zweiten deutschen Staates in der deutschen Geschichte. Waren die 45 Jahre DDR ein überflüssiger Umweg, oder hatten sie einen Sinn? Und was wird von ihnen bleiben? Die Gegner der DDR haben stets angeführt, sie sei ein »Satellit Moskaus«, habe das sowjetische Modell kopiert, sei das Ergebnis eines Revolutionsexportes ohne eigenständige Basis. Sie bliebe daher – so ein zugespitztes Urteil – nur »eine Fußnote in der Geschichte«.

Ohne Zweifel hat in Ostdeutschland nach 1945 eine Revolution stattgefunden. Eigentumsverhältnisse, soziale Verhältnisse und Staatsaufbau wurden von Grund auf verändert. Allerdings handelt es sich um eine »Revolution von oben«, die durch die Besatzungsmacht gefördert wurde, weil die eigenen revolutionären Kräfte zu schwach waren. Insofern kann man auch von Revolutionsexport sprechen. Der Ausdruck verschleiert allerdings, daß die revolutionären Veränderungen in der deutschen Geschichte wurzelten und von den Interessen bestimmter Klassen und Schichten der deutschen Gesellschaft bestimmt waren. Selbst die Zustimmung zum Aufbau des Sozialismus ist 1952 von der SED-Führung einem immer noch zögernden Stalin abgerungen worden.

Der Staat DDR war ökonomisch und militärisch nie ohne starke Schutzmacht überlebensfähig. Das mußte seit seiner Gründung jedem klar sein. Diese Konstellation ist nicht ohne Beispiel. Die DDR stellt insofern eine Parallele zu den Staatsgründungen dar, die im Gefolge des Vormarsches der französischen Revolutionsarmeen 1792-1796 stattfanden. Damals entstand von Oberitalien bis Holland ein Kranz revolutionärer, von Frankreich abhängiger Republiken. Mignet, der sie als »Frankreichs Schutzwall« bezeichnete, beschrieb ihre Funktion aus französischer Sicht: »Frankreich war ... von jüngeren Republiken umgeben, die wie Holland, die Lombardei und Ligurien seine Flanken schützten und sein System in Europa ausbreiteten.« Aber diese Gründungen waren auch von Interessen der im Land selbst wurzelnden Schichten und Parteien getragen, wie Michelet feststellte: »Überall wurde es [Frankreich, R.R.] von den Unterdrückten angerufen, Wunder für sie zu tun, ihnen seine Gesetze zu geben und den

Schutz seines großen Schwertes.« Die kurzlebigen Revolutionen in Italien, der Schweiz und Holland haben trotz ihrer schwachen inneren Basis tiefe Spuren in der Entwicklung dieser Länder hinterlassen. Die DDR als (weit länger bestehender) deutscher Teilstaat läßt sich besser mit dem französisch okkupierten Rheinland und dem Königreich Westfalen vergleichen. Obwohl die Existenz Westfalens extrem instabil war, haben die dort durchgeführten Reformen eine weitreichende Wirkung gehabt. Nach 1815 hat die preußische Agrarreform auf die im Westen geschaffenen Rechtsverhältnisse Rücksicht nehmen müssen. Die deutsche Geschichte hat durch die Rheinbundstaaten, diese französischen »Satelliten«, weiterwirkende Impulse erhalten. Was wir seit 1945 erleben, läßt sich ebenfalls in die Geschichte einer grossen Revolution einordnen, die immer – um ihrer eigenen Existenzsicherung willen – ihren »Export« betreibt und die Länder an ihrer Peripherie prägt – im Guten wie im Schlechten.

Die politischen Kräfte der in den Bannkreis revolutionärer Ereignisse geratenen Länder haben stets vor der Entscheidung gestanden, Reformen auch unter Verzicht auf nationale Unabhängigkeit mit äußerer Hilfe durchzusetzen, oder sich fremdem Einfluß zu widersetzen und so progressive Veränderungen im eigenen Land zu erschweren. Vor dieser schwierigen Wahl standen die liberalen Reformer in Spanien, Preußen und Rußland nach 1806 ebenso wie die Linken in Deutschland und Ostmitteleuropa nach 1945. Die Entscheidung richtete sich letztlich stets danach, wie groß das Interesse der jeweiligen Kräfte an den gesellschaftlichen Umgestaltungen war.

Das Thema Einheit ist eigentlich gleichbedeutend mit der gesamten neueren Geschichte Deutschlands. Ich habe nur einige Momente betrachtet, die mich besonders berührten. Andere mögen anderes oder das gleiche anders erlebt haben. Erinnerungen sind subjektiv und selektiv. Sie sind keine wissenschaftliche Geschichtsschreibung, können aber in ihrer Summe und Vielgestaltigkeit einen Beitrag dazu leisten.

Quellen und Literatur:

Badstübner, R. u.a., Die antifaschistisch-demokratische Umwälzung. In: Dt. Geschichte, Bd. 9, Berlin 1989.
Cerný, J. (Hrsg.), Brüche, Krisen, Wendepunkte. Neubefragung von DDR-Geschichte. Leipzig/Berlin/Jena 1990.
Koerner, R. R., So haben sie es damals gemacht. Die Propagandavorbereitungen zum Österreichanschluß durch das Hitlerregime 1933-1938. Wien 1958.
Kölling, M., Rezension des Buches von Koerner, in: Zschr. für Geschichtswissenschaft 8, 447-453, 1960.
Markow, W. u. Albert Soboul, 1789. Die Große Revolution der Franzosen. 2. Aufl. Berlin 1975.
Michelet, J., Geschichte der Französischen Revolution, Bd. 5, Wien/Hamburg/Zürich o. J.
Mignet, F. A., Geschichte der Französischen Revolution von 1789 bis 1814. Leipzig 1975.
Rohrmann, A., Landeskunde des Dt. Reiches, in: E. von Seydlitz'sche Geographie, Ausg. D. H. 4. Breslau 1909.
Semjonow, W.S., Von Stalin bis Gorbatschow. Ein halbes Jahrhundert in dipl. Mission 1939-1991. Berlin 1995.
Werner, C. U. (Red.), Brückenschlag zur deutschen Einheit? Der Grundlagenvertrag von 1972 und die deutsch-deutschen Beziehungen im Rückblick. Friedrich-Ebert-Stiftung, Potsdam 2000.
Wolf, Christa, Diskussionsbeitrag. In: Kahlschlag, Das 11. Plenum des ZK der SED 1965 (Hrsg. Günter Agde), Berlin 1991.

Bürgerpost-Autoren 2005:

Jenseits abstrakter Wertproduktion

Seit zehn Jahren gibt es die »Barnimer Bürgerpost«. Nach der Vereinsgründung im Mai 1995, erschien am 22. September 1995 die erste Ausgabe unserer Zeitung. Den entsprechenden »Jubelartikel« veröffentlichten wir in der Juniarausgabe 2005. Darin charakterisierten unser Projekt als »eine Art soziales Experiment ... , das über die Warenproduktion als bestimmende Form menschlicher Tätigkeit hinausweist«. Während die materielle Hülle zwangsläufig den ökonomischen Prinzipien dieser Warengesellschaft unterworfen bleibt, funktioniert der ideelle Teil jenseits der abstrakten Wertproduktion. »Die Autorinnen und Autoren der 'Barnimer Bürgerpost' verkaufen ihre Informationen und ihre 'Schreibarbeit' nicht als Ware. Vielmehr nutzen sie die angebotene Warenhülle, um sich mit ihren Texten selbst zu verwirklichen und den anderen ihre Information, ihr Wissen, ihre Meinungen ohne irgendwelchen Anspruch auf eine wie immer geartete Gegenleistung zur Verfügung stellen. Ähnliches gilt für die ehrenamtliche Redaktions- und Verteiltätigkeit.«

Diese neuen gesellschaftlichen Ansätze, die wir mit der »Barnimer Bürgerpost« ausprobieren, werden indes vom zuständigen Finanzamt ignoriert. Nach deren Sichtweise handelt es sich bei der Herausgabe der »Barnimer Bürgerpost« um einen »wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb«, mit dem wir den Verein finanzieren. Die absurde Sichtweise der Finanzamtsbürokraten hat neben dem erhöhten Steuererklärungsaufwand zur Folge, daß Mitgliedsbeiträge und Spenden an unseren Verein von den Vereinsmitgliedern, Spenderinnen und Spender nicht mehr steuerlich geltend gemacht werden können. Selbstverständlich haben wir unseren Widerspruch geltend gemacht, über den aber noch nicht endgültig entschieden wurde. Der infolge der neuen Situation zu registrierende Spendenrückgang ist nicht existenzbedrohend. Ärgerlich ist es dennoch, weil somit das vielfältige ehrenamtliche Engagement für und mit der »Barnimer Bürgerpost« sozusagen der staatsamtlichen Mißachtung anheimfällt. Aber vielleicht sollten wir ja gerade das als besondere Anerkennung verstehen?

Diese besondere Anerkennung reichen wir in diesem Jahr an 108 Autorinnen und Autoren weiter. Das ist ein neuer Rekord (2002: 100, 2003: 105, 2004: 100). Unser Dank gilt:

Dr. Siegfried Adler, Dirk Amelung, Martin Appel, Tobias Arbing, Cornelia Behm, Rudolf Behm, Thomas Berg, Anke Bielig, Aleksandra Binder, Friedhelm Boginski, Helmut Braunschweig, Veronika Brodmann, Ralf Christoffers, Prof. Dr. Johannes Creutziger, Lothar Danner, Martin Ehlers, Dr. Dagmar Enkelmann, Franziska Exeler, Andreas Fennert, Daniel Fischer, Ute Frey, Steffen Friedrich, Kurt Gempin, Sören-Ole Gemski, Hanns-Peter Giering, Thomas Gilles, Franziska Göpfert, Peter

Grottian, Thorsten Haas, Dr. Mohamed Hamdali, Klaus Helm, Diana Henke, Wolfgang Herrmann, Waldemar Hickel, Eberhard Hiel-scher, Günter Hildebrandt, Kerstin Hildebrandt, Kurt Hilker, Karin Hummel, Bodo Ihrke, Kai Jahns, Christine Jaskulski, Erika Klatte, Thorsten Kleinteich, Holger Kliche, André Koch, Brigitte Köhnke, Ingeborg Kolodzeike, Kurt Kretschmann, Karla Kruse, Günter Landmann, Wilhelm Lange, Josefine Leesch, Hartmut Lindner, Andy Losch, Margitta Mächtig, Johannes Madeja, Udo Markmann, Dorothea Martin, Eugen Meckel, Markus Meckel, Jens-Olaf Melzow, Bärbel Mierau, Dieter Müller, Werner Niendorf, Milan Nitzschke, Eberhard Ohm, Volker Passoke, Dr. Manfred Pfaff, Hans-Christoph Pietsch, Marina Pippel, Dr. Ulrich Pofahl, Bernd Pomraenke, Irm Pontenagel, Christel Pritzsche, Christian Rehmer, Anne Resmer, Manuela Richter, Rolf Richter, Wolfgang Sachse, Hannelore Saupe, Dr. Heinz Schäfer, Dr. Hermann Scheer, Hans-Joachim Schmiederer, Hartwin Schulz, Reinhard Schulz, Manfred Schwarz, Karl-Hermann Simon, Dr. Günther Spangenberg, Peter Spangenberg, Cornelia Sprengel, Andreas Steiner, Kordula Steinke, Andreas Sult, Dr. Rainer Thiel, Helga Thomé, Manfred Tillmann, Frank Töpfer, Christian Trill, Albrecht Triller, Günter Vogler, Sebastian Walter, Manfred Werner, Heinz Weinhausen, Heiko Wiegand, Hans-Dieter Winkler, Frank Wruck und Claudia von Zglinicki.

Interviews gab es mit den Jugendlichen von ['solid] Eberswalde, mit Uta und Thomas Kroop von den ABB-Integrationsfreizeiten am Werbellinsee sowie mit Carsten Zinn. Die Gespräche führten Christian Rehmer, Klaus Morgenstern und Andreas Splanemann (ver.di-Mitgliederzeitschrift)

Wie immer danken wir auch allen, die durch ihre Mitarbeit bei der Produktion und dem Vertrieb sowie durch ihre finanziellen Zuwendungen das Erscheinen der »Barnimer Bürgerpost« ermöglichen. Erinnert sei auch an die Möglichkeit unabhängig von der Papierform Meinungen und Informationen in unserem eMail-Forum (Anmeldung: Mail an bbp-forum-subscribe@yahoo.com) loszuwerden.

Offen ist nach wie vor der Auf- und Ausbau unserer Internetpräsenz, die wir wohl ohne zusätzliche Hilfe nicht in die Reihe bekommen werden. Auf den obligatorischen Aufruf, die »Barnimer Bürgerpost« auch weiterhin mit finanziellen Spenden und persönlicher Mithilfe als Autor, in der Redaktion oder im Vertrieb zu unterstützen, wollen wir natürlich auch nach zehn Jahren nicht verzichten.

In diesem Sinne wünschen wir allen Leserinnen und Lesern ein erfolgreiches Jahr 2006.

Gerd Markmann
(Redakteur der Barnimer Bürgerpost)

Freiwilliges soziales Jahr

Bernau (de). Die vom Paritätische Wohlfahrtsverband erstellte Broschüre »Freiwilliges soziales Jahr – Was nehme ich mit« mit Ratschlägen für Interessenten kann über das Wahlkreisbüro Enkelmann angefordert werden (eMail: wkb-d.enkelmann@t-online.de, Tel. 03338-459543).

impresum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.
anschrift: Lehnitzseestr. 3, 16227 Eberswalde
telefon: (0 33 34) 35 65 42
telefax: (0 18 05) 75 111 125 96
e-mail: bbp@telta.de
bbpforum: bbp-forum-subscribe@yahoo.com (für Abonnenten)
redaktion: Gerd Markmann
fotografie: Brodmann, Thiel, Triller (3)
druckerei: PS-Verlag · (0 33 34) 21 26 00
redaktions-schluss: 31. Dezember 2005

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck bei Angabe der Quelle und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto: Konto-Nr. 359 946 1000 bei der Berliner Volksbank, BLZ 100 900 00. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002. Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO.

Redaktionsschluss der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 28.1.2006, 12 Uhr.

Das Aktionsbündnis Gentechnikfreie Landwirtschaft Berlin-Brandenburg lädt ein:

Die bäuerliche Landwirtschaft im Würgegriff der Saatgutindustrie

Wie Monsanto die Bauern mit Hilfe der Gentechnik in eine neue Abhängigkeit führt

PROGRAMM

Die Politik der Saatgutindustrie seit dem Rio-Abkommen von 1992.

[Prof. Sigmar Groeneveld, Friedland]
 Geschichte und Wirtschaftstrategie des Monsanto-Konzerns.

[Martin Webber, Klosterdorf]
 Gentechnologie-Nachbaugelühren: Die Überwachung der Bauern durch die Landwirtschafts-Berater der Saatgutindustrie.

[Jürgen Bree, Bauernbund, Mehrow]
 Die Politik von Märka in Brandenburg [Eberswalde] und die Bantam-Mais Kampagne. Anschließend offene Diskussion.

Mittwoch, 11. Januar, um 18.30 Uhr
Fachhochschule Eberswalde
Haus 2, BWL - Hörsaal 1

in Kooperation mit der Aktionsgruppe für Gentechnikfreiheit der Fachhochschule Eberswalde

Publizistische Grundsätze der Barnimer Bürgerpost

Nach dem Brandenburgischen Landespressgesetz (BpgPG) § 4 (1) ist jede Zeitung verpflichtet, »die vom Verleger beziehungsweise Herausgeber schriftlich aufgestellten publizistischen Grundsätze ... regelmäßig, mindestens einmal jährlich, zu veröffentlichen«. Die folgenden publizistischen Grundsätze der »Barnimer Bürgerpost« wurden auf der Mitgliederversammlung des Herausgebervereins am 25. März 1998 bestätigt:

1.

Ziel der publizistischen Tätigkeit der »Barnimer Bürgerpost« ist, aktiv an der Meinungs- und Willensbildung der Bürgerinnen und Bürger des Kreises Barnim mitzuwirken und deren aktive und demokratische Mitwirkung am gesellschaftlichen Leben ... zu fördern. Angesprochen werden souveräne Bürgerinnen und Bürger, deren Selbstbestimmtheit und Selbstbewußtsein die »Barnimer Bürgerpost« ein Podium geben will.

2.

Der Inhalt der »Barnimer Bürgerpost« wird von ihren Leserinnen und Lesern bestimmt. Die Arbeit der ehrenamtlichen Redaktion beschränkt sich in der Hauptsache auf das Zusammenstellen der Beiträge.

Der Herausgeberverein garantiert die redaktionelle und inhaltliche Unabhängigkeit der Redaktion. Weder der Verein noch Dritte haben das Recht der inhaltlichen Steuerung, der kommerziellen Anpassung oder sprachlichen Direktive.

3.

Jeder namentlich gekennzeichnete Beitrag wird unzensuriert und ohne Kommentar veröffentlicht. Grenzen werden allein vom zur Verfügung stehenden Platz gesetzt. Keinen Raum in der »Barnimer Bürgerpost« haben rassistische, faschistische und gewaltverherrlichende Äußerungen.

4.

Die Berichterstattung insbesondere über die lokalen Geschehnisse, über die Entscheidungen und Sichtweisen in den kommunalen Parlamenten, erfolgt ohne besondere Rücksichten mit dem Anspruch, kritisch und frech (bei aller gebotenen Kritik aber auch fair) zu sein.

5.

Zum inhaltlichen Spektrum der »Barnimer Bürgerpost« gehören auch Beiträge zur Umwelt, zur Geschichte und Kultur.

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die »Barnimer Bürgerpost«

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
 Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
 ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)

Anspruch auf ein ermäßigtes Abo haben Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)

- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO – Mehrbetrag gilt als Spende)

Die »Barnimer Bürgerpost« erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über den Postweg wird eine Versandkostenpauschale von 8 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 2 Exemplaren).

Ich zahle: per Bankeinzug per Rechnung

Kontonummer Bank Bankleitzahl

Name, Vorname Straße, Hausnummer

PLZ, Ort Datum, 1. Unterschrift Abonnent/in

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen:

2. Unterschrift Abonnent/in

- Ich möchte den Energiebrief »BARUM 111« als kostenlose Beilage zum Abo erhalten.
 Ich möchte Mitglied beim BBP-Forum werden (eMail-Liste nur für Abonnenten):

E-Mail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Teilnahme am BBP-Forum)

Coupon senden an: Gerd Markmann, Lehnitzseestr. 3, 16227 Eberswalde
 (Bestellmöglichkeit per Telefon, Fax und e-mail siehe Impressum)